

Richard May, Theodor Mariam, Oskar Falek: Schicksale jüdischer Chemiker in der Farbenfabrik Wolfen nach 1933

Dr. Peter Löhnert, Alte Leipziger Straße 70, 06849 Dessau-Roßlau,
<peter.loehnert-dessau@web.de>

Unsere bisherigen Untersuchungen aus den Jahren 1995 bis 1998 über die Beschäftigung angestellter jüdischer Chemiker während der NS-Zeit in der Filmfabrik Wolfen¹ haben zur Erkenntnis geführt, dass in der Filmfabrik Wolfen trotz starken antisemitischen Drucks durch die NSDAP sehr lange an den jüdischen Mitarbeitern festgehalten wurde. Wir hatten herausgearbeitet, dass dieses bemerkenswerte Verhalten im Zusammenhang zu sehen ist

- a) mit der Firmengeschichte. Die Farbenfabrik Wolfen (1895) und die Filmfabrik Wolfen (1909) sind Gründungen der Berliner Actien-Gesellschaft für Anilin-Fabrikation. Die Gründung der Actien-Gesellschaft selbst erfolgte 1873 auf der Basis von zwei Vorgängerunternehmen durch Carl Alexander Martius und Paul Mendelssohn-Bartholdy². Das Kapital der Agfa wurde in hohem Maße von jüdischen Banken und Bürgern gehalten. Starke persönliche und gesellschaftliche Beziehungen waren innerhalb der Agfa prägend. Durch Heirat in verschiedenen Generationen sind die jüdischen Familien Mendelssohn, Mendelssohn-Bartholdy, Oppenheim, Simson, Veit und Warschauer verwandtschaftlich und finanziell verbunden. Diese Zusammenhänge können aber im Rahmen dieses Beitrages nicht dargestellt werden, hier muss auf ausgewählte Literatur verwiesen werden.³ Als 1933 die Nationalsozialisten die Macht übernahmen, waren ehemalige jüdische Führungspersönlichkeiten aus der Agfa-Historie noch sehr bekannt, hatten hohes Ansehen und waren zum Teil für die I.G. noch tätig
- b) mit einer starken Persönlichkeit an der Spitze der Filmfabrik Wolfen, um antisemitische NS-Provokationen abzuwehren. Das war seit 1932 Dr. Fritz Gajewski (1885-1965) in Personalunion⁴ mit mehreren Leitungsfunktionen in der verzweigten I.G.- Struktur. Gajewski hatte den 1929 verstorbenen Franz Oppenheim, langjähriger Generaldirektor der Agfa, noch sehr gut gekannt und als Persönlichkeit geschätzt. Gajewski hatte auch in Königsberg bei einem jüdi-

schen Apotheker eine Lehre absolviert und hatte somit auch viele jüdische Mitbürger kennen und achten gelernt. Das mag der Hintergrund gewesen sein, für Gajewskis tolerante, aber auch ambivalente Haltung gegenüber seinen jüdischen Mitarbeitern und der Distanziertheit zur antisemitischen Propaganda der Naziherrschaft⁵.

Nach unseren Arbeiten erschien eine Publikation über die Tätigkeit von Juden in der BASF⁶. In dieser ist auch Ernst Schwarz („Freund und Sekretär von Carl Bosch“) mit gewürdigt. Dieser ist wohl als erster Jude nach dem Machtantritt der Nationalsozialisten aus einer hohen Führungsposition (Direktor und Vorsitzender der Sozialkommission) in der I.G. schon Ende 1933 in die USA zur I.G. Tochtergesellschaft Agfa-Ansco Corporation emigriert. Dort hat er bis zum Kriegseintritt der USA gegen Deutschland im Dezember 1941 als Präsident der Gesellschaft gewirkt und sich hohes Ansehen erworben⁷. Von einer ähnlich frühen Emigration des jüdischen Vorstandsmitgliedes der Schering-Kahlbaum AG Berlin, Paul Neumann, im Jahre 1933 und dem Gesamtverhalten der Schering AG gegenüber jüdischen Führungskräften wird in einer neueren Arbeit berichtet⁸.

In der hier vorgelegten Arbeit wird der Umgang der I.G.-Führung mit ihren leitenden jüdischen Mitarbeitern in der Farbenfabrik Wolfen vorgestellt. Möglich wurde diese Arbeit durch neue Aktenfunde im Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt, Abt. Merseburg (LHASA, MER) und insbesondere im Hoechster Werksarchiv.

Den unmittelbaren Anstoß zur Wiederaufnahme der Untersuchungen an dem Themenkreis erhielt der Verfasser durch die Publikationen von Stephan H. Lindner, der in seinen Veröffentlichungen sich sehr detailliert mit der Ausgrenzung und Verfolgung von jüdischen leitenden Angestellten im I.G Farben Werk Hoechst im Dritten Reich auseinandersetzt⁹ und eine gründliche Bewertung der Haltung und Motivation der I.G.-Führung für diese Zeit gibt.

Lindner verweist auch auf den jüdischen Direktor Dr. May der Farbenfabrik Wolfen und auf eine Akte im Werksarchiv Hoechst¹⁰, welche einen ausführlichen Briefwechsel zum Fall Dr. May enthält. Das war insofern überraschend, da in den Wolfen/Bitterfelder Archiven Akten zu Dr. May weitgehend fehlen und im LHASA, MER nur noch kleiner Bestand „Büro Dr. May“ existiert¹¹. Dieser lässt nur wenige Aussagen über Mays Wirken zu.

Die Sammlung der Schriftstücke über Dr. May im Hoechster Archiv steht in dem Zusammenhang, dass die Farbenfabrik Wolfen in der I.G.-Struktur zur Sparte II gehörte. Diese stand unter Führung von Dr. Fritz ter Meer, welcher auch die

Technische Kommission (Tea) leitete. Das für die Farbenfabrik Wolfen zuständige Vorstandsmitglied war Dr. Gustav Pistor, welcher sich in einer solchen wichtigen Frage, wie die Ablösung eines jüdischen Werkdirektors, mit dem Spartenführer ter Meer abstimmte. Das Auffinden der Hoechster Akte mit dem Schriftverkehr über Dr. May durch Stephan H. Lindner und sein Hinweis darauf in seinem Buch kann als ausgemachter Glücksfall gesehen werden.

Im Rahmen der hier vorgelegten Arbeit konnten auch drei Aktenhefter mit Personalunterlagen über den jüdischen Chemiker Dr. Mariam im LHASA, MER gefunden und ausgewertet werden. Bei dieser Aktendurchsicht gab es einen Hinweis auf die Entlassung des jüdischen Chemikers Dr. Oskar Falek aus der Farbenfabrik Wolfen. Hierzu wurden nur wenige Informationen gefunden. Wie schon in unseren oben erwähnten Arbeiten können auch in diesem Beitrag keine kompletten Biographien wiedergegeben werden, die persönlichen Angaben bleiben aufgrund der Quellenlage fragmentarisch. Die Betroffenen mussten sich mit dem Antisemitismus sowohl im Heimatort als auch an ihrer Arbeitsstelle auseinandersetzen, allerdings in jeweils anderer Weise.

Vorliegender Artikel kann keine Gesamtdarstellung der antisemitischen Entwicklung in Deutschland geben. Es wird auf die umfangreiche Literatur zu dieser Thematik verwiesen¹².

Dr. Richard May

Richard May wurde am 17. September 1885 in Gerolshofen (Bayern) geboren. Seine Eltern waren der Kaufmann Levi May und Fanny May, geborene Hirsch¹³. Richard May studierte an der Technischen Hochschule in Aachen und schloss am 8. Juli 1908 mit dem Diplom ab. Am 5. Oktober 1910 erfolgte an der TH Aachen die Promotion zum Dr. Ing. mit einer Arbeit zum Thema „Die Beziehungen des Kamphers zur Apokamphersäure“, welche bei Professor Dannenberg angefertigt wurde¹⁴.

Am 1. April 1913 trat May eine Stelle in der Agfa Farbenfabrik Wolfen im Labor der Farbenabteilung an, in der Folge wurde er auch im Betrieb Triphenylmethanfarben eingesetzt¹⁵. Während des ersten Weltkrieges war er Leiter eines Farbstoffbetriebes; nach dem Kriege Leiter einer Unterabteilung der Zwischenprodukte (Zwipro)-Abteilung und war mit der Umstellung auf Friedensproduktion beauftragt. Zum Produktionsprofil gehörten Zwipros für Farbstoffe und fotografische Entwickler. Im Weiteren wurde er auch Leiter des Chloralkali-Elektrolyse-Betriebes.

1922 wurde ihm die Leitung aller Zwipro-Betriebe und des Wissenschaftlichen Labors dieser Abteilung übertragen. Er erhielt Prokura (Löschung am 22. Mai 1936). 1923 wurde May zum stellvertretenden Direktor in der Agfa bestellt. Dr. May wurde später in einem Zeugnis bescheinigt, dass er „sowohl in wissenschaftlicher als technischer Beziehung ein außerordentlich begabter Chemiker ist.“

Zum Ende des Jahres 1929 wurde der jüdische Direktor der Farbenfabrik Wolfen, zugleich Vorstandmitglied der I.G., Dr. Arnold Erlenbach¹⁶, pensioniert. In seiner Abschiedsrede formulierte Erlenbach, dass nunmehr die Farbenfabrik Wolfen

unter die Leitung des hierfür vorgesehenen Herrn Direktor Dr. May kommt, welcher mit der ihm inne wohnenden Tatkraft und Sachkenntnis das Werksschiff sicher weitersteuern wird, unter Aufrechterhaltung der bisher geübten wissenschaftlichen, technischen und sozialen Tradition.¹⁷

Damit wurde der Kompetenz von May Rechnung getragen und keine Führungspersönlichkeit aus anderen I.G. Werken als Chef in Wolfen eingesetzt.



Abb. 1: Foto Dr. May in seinem Büro, ifm (Bildarchiv).

Zum 1. Januar 1930 wurde Dr. May zum Direktor der Farbenfabrik Wolfen ernannt, ohne dass er den Vorstandplatz in der I.G. von Dr. Erlenbach erben konnte¹⁸. Nach der Pensionierung von Direktor Dr. Zacharias in Bitterfeld wurde May auch die Leitung der organischen Zwipro-Betriebe des I.G.-Werkes Bitterfeld zugeordnet. Die Farbenfabrik Wolfen wurde dem I.G.-Vorstandsmitglied Dr. Gustav Pistor in Bitterfeld unterstellt. Dr. May war Mitglied in zentralen Kommissionen¹⁹ der I.G.: Zwiproprodukte-Kommission (Zetko), Lösungsmittel-Kommission (Löko) und Pflanzenschutzmittel-Kommission.

Dr. May war familiär nicht gebunden, war ein gut situerter Single und wohnte im Leipziger Norden in der Nähe des Gohliser Schlösschens.

Nach dem Amtsantritt wurde Dr. May relativ schnell mit Wünschen der Militärs der Weimarer Republik konfrontiert nach Chemieprodukten für eine eventuelle Kriegsführung. Eine Delegation des Heereswaffenamtes besuchte die Farbenfabrik im März 1932 und interessierte für Verwendungsmöglichkeiten der Produktpalette der Farbenfabrik.

Delegationsmitglied war auch ein Ministerialrat Dr. Zahn. Speziell die Besichtigung der Nitrieranlagen fand Interesse und die Militärs äußerten sich sehr zufrieden zu den Gesprächen. Der Chef des Heereswaffenamtes, Generalleutnant Bockelberg, schrieb am 31. März 1932 an die Direktion der Farbenfabrik:

Das Reichswehrministerium beehrt sich Ihnen für die freundliche Aufnahme und die reiche Belehrung, die sie den Offizieren anlässlich der Besichtigung Ihrer Anlagen am 14. 15. und 16. III. geboten haben, seinen verbindlichsten Dank auszusprechen.²⁰

Nach der Machtergreifung durch die Nazis im Jahre 1933 geriet Dr. May in exponierter Stellung sehr schnell in deren Blickfeld. Anfangs schien er noch Hoffnung zu haben, ein klärendes Gespräch mit Nazifunktionären führen zu können. In einem von der Nationalsozialistische Betriebsorganisation (NSBO) Bitterfeld an ihn gerichteten Schreiben vom 23.8.1933 hieß es:

Sehr geehrter Herr Direktor! Die in Aussicht genommene Unterredung zwischen Ihnen und Herrn Dr. Saenger kann erst stattfinden, wenn Herr Dir. Dr. Pistor vom Urlaub zurückgekehrt ist. Eine Mitteilung wird Ihnen von Herrn Dir. Dr. Pistor zugehen.²¹

Ob eine solche Unterredung stattfand, blieb offen. Der Vorgang ist aber bemerkenswert. Dr. Saenger war Kreisleiter der NSBO Bitterfeld und als Chemiker in der Farbenfabrik beschäftigt. Er stand in der Firmenhierarchie sicher weit weg von Direktor May. Aber als politischer Funktionär der NSDAP konnte er sich

einem persönlichen Gespräch mit dem Firmenchef verweigern und wartete lieber auf das Vorstandsmitglied Pistor.

Auch an diesem Vorgang muss May stark empfunden haben, wie die neue Zeit in seinem beruflichen Umfeld wirkte. Es ist vorstellbar, dass er Verlust an Loyalität verspürte, vielleicht noch nicht in seinem Vorzimmer, aber bei verschiedenen Mitarbeitern und Führungskräften.

Um diese Zeit entschloss er sich, an seine Vorgesetzten heranzutreten mit dem Vorschlag, ihn von seinen Vertragsverpflichtungen zu entheben. Es hatte sich für ihn die Gelegenheit ergeben, sich an einer elektrotechnischen Firma in England vorteilhaft zu beteiligen. Sein Wunsch wurde abgelehnt und ihm wurde die feste Zusicherung gegeben, dass seine Stellung durch den Umbruch in keiner Weise gefährdet sei.

Hier war die I.G.-Führung in Bitterfeld/Wolfen noch optimistisch, die Propaganda der NSDAP in den Werken und die Versuche, sich in die Führungsangelegenheiten des Unternehmens einzumischen, in den Griff zu bekommen. Man hatte allen Anlass, sich mit Dr. Saenger zu beschäftigen. Dieser war in verschiedenen offiziellen Besprechungen Wortführer der nationalsozialistischen Sache. So auch am 7. August 1933 auf einer Beratung des kommissarisch amtierenden Nazi-Landrates Habild, in der es in großer Runde um Maßnahmen zur Bekämpfung der hohen Arbeitslosigkeit²² ging. Saenger griff in seiner Funktion als NSBO-Führer mit Vorwürfen in polemischer und Ruf schädigender Weise die I.G. an. Seine Schlagworte waren u.a.:

- Insgesamt verfehlte Personalpolitik der I.G. durch Entlassungen bei Arbeitern und Chemikern aus Profitstreben. Die vorhandenen Arbeitskräfte müssten zu viele Überstunden machen, statt bei der hohen Arbeitslosigkeit Neueinstellungen zu tätigen.
- Falsche Strategie der I.G. bei Verkauf von Verfahren in das Ausland (Bezugnahme auf die Standard-Oil-Verträge), deshalb Arbeitsplatzabbau.
- Forderung nach Rückgängigmachung der Rationalisierungen der letzten Jahre zugunsten von Einstellungen

Die anwesenden Führungskräfte aus den Bitterfelder und Wolfen Werken (Dr. Bürgin, Dr. Kleine, Prof. Curschmann) trauten ihren Ohren kaum, was da Saenger vor großem Publikum vortrug. Der Vorstand der Bitterfelder/Wolfener I.G.-Werke hatte schriftlich und persönlich großen Aufwand zu treiben, diese Anschuldigungen bei allen möglichen Stellen in der Folgezeit wieder zu berichtigen. War das Verhältnis zu Saenger bereits schon angeknackst, so ließen dessen

weitere Aktivitäten das Fass überlaufen. Ende September 1933 war man fest entschlossen, diesen Mann – um Ruhe zu bekommen – nach Döberitz bei Premnitz zu versetzen. Falls Dr. Saenger dem nicht zustimmen sollte, bliebe nur seine Entlassung übrig. Das gelang zunächst nicht, sondern zur Überwindung einer Vertrauenskrise wurde Saenger in einen dreimonatigen Urlaub geschickt²³.

Nun nutzte er eine NSBO-Führungsschule am 28. November 1933 und verbreitete dort eine Art Denkschrift und startete damit neue Angriffe sowohl gegen die I.G. als auch gegen Persönlichkeiten. Er formulierte u.a.²⁴:

Es wird für die Parteidienststellen von Interesse sein, zu wissen, dass ein Jude einen sehr einflußreichen Direktorposten bei der I.G. Farbenindustrie inne hat. Es handelt um Direktor Dr. May. Er hatte in der vormals jüdischen Gründung „Agfa“ nicht nur die technische Leitung der Farbenfabrik Wolfen und der organischen Werke der Bitterfelder I.G. inne, sondern er ist einer der drei Männer der I.G., welche die Kalkulation des Leunabenzins zu überprüfen und zu überwachen haben.²⁵

Dieses Papier war selbst dem stellvertretenden Leiter der NSBO in Bitterfeld zuviel. Er stellte es dem Sozialdirektor, Prof. Curschmann, zur Verfügung.

Saenger ließ keine Veranstaltung aus, um sich zu profilieren. Auf einer Besprechung beim Leiter des Sozialamtes der Arbeitsfront in Berlin kurz vor Weihnachten 1933 äußerte er sich über Dr. Pistor: Es sei zu empfehlen, die Post dieses „Schweinehunds“ polizeilich überwachen zu lassen. Die I.G. und auch Pistor seien verdächtig, Auslandsspionage (Wirtschaftsspionage) zu dulden²⁶.

Bei den antisemitischen Querelen um seine Person als Direktor des Werkes mag es Dr. May sicher als besonderen Vertrauensbeweis durch die Ministerialbürokratie angesehen haben, dass Dr. Zahn im November 1933 bei ihm konkrete Rüstungswünsche äußerte. Dr. Zahn trug eine Reihe Positionen vor. Es erfolgte eine Prüfung der Machbarkeit in der Farbenfabrik. Das Ergebnis wird in folgender Zusammenstellung verdichtet:

Ergebnis für Wolfen

Fabrikbau für Oxol (Thioglykol = Vorprodukt für Lost)	nicht realisiert
Verfahren für Chlorazetophenon und Fabrikbau	nicht realisiert
Dokumente für Clarkherstellung an Auergesellschaft	realisiert 1934
und Diskussion mit dieser über Perstoff, Oxol und Lost	realisiert 1934
Fabrik für Stabilisatoren für Pulvermischungen (Zentralit I und II)	realisiert 1936

Im Oktober 1934 gab es eine weitere Besprechung zwischen den Herren Zahn und May. Darin wurde der Bau einer Anlage für Diglykol in Wolfen vorange-

bracht. Diglykol wurde bereits in Ludwigshafen hergestellt und war unter dem Namen Glysantin als Kühlerschutzmittel auf dem Markt. Diglykol sollte als Ersatzstoff für Glycerin verwendet werden, das in Deutschland aus der Fettsäurespaltung nicht in ausreichendem Maße für Nitrierzwecke zur Sprengstoffherstellung zur Verfügung stand. Diese Anlage wurde im Zeitraum März 1936-1938 gebaut. Dinitrodiglykol kam als brisantes Mittel bei der Herstellung von Treib- und Sprengladungen zum Einsatz²⁷. Was Dr. May damals nicht ahnen konnte: diese Kontakte zu Militärdienststellen sollten später noch eine ganz besondere Rolle spielen.

Dr. May blieb dennoch weiter in bedrängter Situation. Auch in anderen I.G.-Werken hatten Juden 1933/1934 mit ähnlichen Problemen zu kämpfen. Beispiele bringt Stephan H. Lindner in seinem bereits erwähnten Buch über das I.G.-Werk Hoechst.

Auf Druck der Parteidienststellen hatte sich Dr. Pistor entschlossen, aus dem Verantwortungsbereich von Dr. May als Direktor alle Personal-Angelegenheiten herauszunehmen und diese in die Hände eines arischen Herrn zu legen. Das war Dr. Schöner, welcher schon seit 1930 die Stellvertretung von May inne hatte.

Dr. May sollte nun auch zeitweise aus der Schusslinie genommen werden. Dr. Fritz ter Meer beauftragte May im Zusammenhang mit der nächsten Ostasienreise des Kommerzienrates Hermann Waibel²⁸ die Produktionsverhältnisse der chemischen Industrie in Japan und China zu betrachten. Insbesondere sollten die Fertigung von Schwefelschwarz und Indigofarben sowie deren Vorprodukte vor Ort und Stelle geprüft werden. Die Planungen gingen von einer fünfmonatigen Reise ab etwa Dezember 1934 aus. Im August 1934 wurde berichtet, dass May Vorbereitungsmaterialien studierte und Tea-Akten über Japan erhalten hatte. Am 7. November 1934 ging ein Schreiben von Dr. May an die Deutsche Länderbank:

Da ich heute eine größere Auslandsreise antrete, bitte ich sie, alle Mitteilungen an mich an meine Adresse nach Wolfen, Farbenfabrik zu richten, welche deren Weiterleitung an mich wahrnimmt.²⁹

Kurz vor der Reise erklärte er am 23.10.1934 noch seinen Austritt aus dem Verein Deutscher Chemiker (VDCh) zum 31.12.1934³⁰. Die Reise dauerte bis Juli 1935. Die Ingenieurabteilung der Farbenfabrik hatte die Zeit der Abwesenheit von May genutzt, um sein Büro für einen Preis von RM 11.441,-- gründlich zu renovieren und modernisieren. Das wird ihn sicher erfreut haben, aber nicht lange. Am 3. Oktober erschien im „Stürmer“ folgende Notiz:

Bitterfeld. Der jüdische Direktor Dr. May von der Farbenfabrik Wolfen ist aus Japan zurückgekehrt. Er hat in der Fabrik seine frühere Stelle wieder inne. Um ihm zu zeigen, wie hoch ihn die Firma schätzt, hat sie RM 10.000.-- zum Aus- und Umbau seines Büros ausgegeben. Die Arbeiter und Angestellten sind der Ansicht, dass dieses Geld nutzbringender angewandt hätte werden können.

Anfang Oktober 1935 lief im Hintergrund schon eine Kampagne gegen Dr. May. Das auf einer Sondersitzung des Reichstages anlässlich des Reichsparteitages der NSDAP in Nürnberg am 15. September 1935 erlassene „Reichsbürgergesetz“ und das „Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre“ zeigten schon Auswirkungen.

Ausgelöst wurde die Kampagne durch eine Anfrage aus dem Büro vom Beauftragten für Wirtschaftsfragen, Wilhelm Keppler³¹, aus der Reichskanzlei. Aktiv war hier der Adjutant Kepplers namens Kranefuß³². Dieser schrieb streng vertraulich an Dr. Bütefisch, dem Geschäftsführer des Ammoniakwerkes Merseburg in Leuna. In dem Brief ging es um den eventuellen Einsatz des Juden Dr. May in der Farbenfabrik Wolfen bei strategischen Projekten der Kriegswirtschaft, insbesondere sei er als Leiter der geplanten Kampfgasfabrik vorgesehen. Bütefisch wurde gebeten, das nachzuprüfen und recht bald vertraulich das Ergebnis mitzuteilen. Diese Verfahrensweise ist interessant. Bütefisch war strammes NSDAP-Mitglied und Mitglied der SS³³. Es war klar, dass Bütefisch, das nicht ohne Pistor beantworten konnte. Über den Weg von Partei- und SS-Freund Bütefisch wurde das Problem breitgetreten.

So musste Dr. Pistor richtig stellen, dass in Wolfen keine Kampfgasfabrik geplant war und somit auch Dr. May nicht mit dem Aufbau befasst sein könnte. Allerdings würden in der Farbenfabrik Wolfen Vorbereitungen im Auftrage des Heereswaffenamtes laufen für geeignete Vorstufen und Zwischenprodukte. Als Leiter der Farbenfabrik und der Zwipro-Abteilung in Bitterfeld sei May mit der Überwachung der vorbereitenden Arbeiten aber einbezogen. Das betraf auch die Vorbereitung einer Anlage zu Diglykol-Herstellung. Auch kam von der Abwehrstelle Berlin, Wehrkreiskommando III, die Anfrage ob es richtig sei, dass May als Volljude in den Vorstand der I.G. berufen werden solle und den Vorsitz der Zwischenprodukte-Kommission übertragen bekommt. Das war aber nicht geplant. Dr. Pistor musste erheblichen Aufwand zur Klar- und Richtigstellung der mündlich und schriftlich vorgetragenen Angriffe, die sich nicht nur gegen den Juden Dr. May richteten, sondern auch permanent den Vorwurf gegen die I.G.-Führung und natürlich auch gegen Pistor enthielten, Juden in Schutz zu nehmen.

Pistor hat sehr viele Gesprächsnotizen verfasst über seine Diskussionen mit den NS- und Militär-Dienststellen sowie auch über seine Besprechungen mit Dr.

May, die fast wörtlichen Charakter haben. Diese Informationen hat er auch in Vorstandskreise weiter gegeben, ein Indiz darauf, dass er doch unsicher war in der Behandlung des Problems.

In einer Denunziation war auch formuliert, dass May deshalb nach Japan geschickt worden sei, um ihn für die I.G. unentbehrlich zu machen. Besonders beunruhigt war Pistor, dass Denunziationen zur Person May mit sehr detaillierten Kenntnissen unterlegt waren und er sehr im Zweifel war, ob Dr. S.³⁴ der Informant sei. Das wurde aber verneint. Pistor äußerte sich so, dass ein solcher Denunziant ein großer Schädling der I.G. sei.

Das alles konnte Dr. May nicht verborgen bleiben. Es kam zu einem Gespräch zwischen Pistor und May am 1. Oktober 1935, in welchem May sehr offen seine Gemütslage ausbreitete. Das hat Pistor in einer längeren Notiz festgehalten, welche hier teilweise zitiert wird:

Herr Dr. May glaubt, dass die Lage der nichtarischen Rasse sich auf die Dauer in Deutschland immer mehr verschlechtern wird, und er weiß auch nicht, ob er dem seelischen Druck, den die hiermit im Zusammenhang stehenden Ereignisse auf ihn ausüben, auf die Dauer gewachsen ist. ... Er sähe die Lage sehr schwarz.

Pistor informierte nun May über seine Gespräche mit Ministerialrat Dr. Zahn vom Heereswaffenamt. Aus diesen Gesprächen über militärische Anlagen ginge hervor, dass durch die gesetzlichen Maßnahmen der Einsatz von Dr. May sehr erschwert wäre und er seine Zweifel hätte, ob die Regelung bezüglich der Behandlung der militärischen Fragen durch Herrn Dr. May so bleiben könnten, wie bisher geregelt.

Herr Dr. May meinte, dass er es mit seinem Stolz und seinem Selbstbewußtsein nicht vereinbaren könne, dass er eine Tätigkeit in zweiter Linie ausübe und sich von Aufgaben, die er heute hätte, zurückzöge.

Pistor stellte dar, dass die I.G. May als Person mit seinen Kenntnissen gern halten wolle. May betonte aber, das durch dieses Bestreben durch seine Person keine Schwierigkeiten entstehen sollten. May versicherte Loyalität gegenüber der I.G., auch wenn er nicht mehr in deren Diensten stehen würde.

Pistor erkundigte sich, zu welchem Schluss May aus dieser Situation gekommen sei.

May sagte, er könne nur zwei Möglichkeiten sehen, einmal, dass er in Pension ginge oder dass er sonst irgendwie für die I.G. im Ausland, wenn seine Stellung hier nicht mehr zu halten wäre, tätig sei. Er dächte dabei an eine Vertretung oder

an einen Beobachterposten und an sonstige Sonderaufgaben im Ausland. Vor allem schwebte ihm England, die Schweiz oder Amerika vor.

Pistor versicherte, Mays Kenntnisse wären am besten in demselben Wirkungskreis fruchtbar zu machen. Die I.G. würde zu ihm stehen und sich erkenntlich zeigen für die Dienste die May in langjähriger Aufbauarbeit geleistet hat.

Herr Dr. May war sehr dankbar und erleichtert über die Aussprache, die ich in dieser Weise mit ihm geführt habe. Wir beide sind der Ansicht, dass bei der etwas schwierigen Situation, die für beide Teile existiert, die offene Aussprache das richtigste sei.

Im Verlaufe des Monats Oktober 1935 führte Dr. Pistor weiter zahlreiche Gespräche mit militärischen Stellen, lobte Dr. May als einen der fähigsten Chemiker, verwies auf dessen Verdienste bei der Lösung schwieriger Aufgaben und suchte Verständnis bei diesen Gesprächspartnern für den weiteren Einsatz von Dr. May bei qualifizierten Aufgaben. Je weiter diese Bemühungen zeitlich fortschritten, umso deutlicher wurde ihm gesagt, dass die Zeit für den Juden May vorbei sei, seine leitende Stellung fortzusetzen. Man sei entschlossen, mit der „Judenfrage“ aufzuräumen. Der Führer wünsche ausdrücklich, dass Juden keine leitenden Stellen hätten. Als Mitarbeiter in nach geordneten Stellen sei das denkbar.

Auf der anderen Seite suchte Pistor Hilfe bei seinen Vorstandskollegen, informierte diese über den Stand der Dinge und suchte nach Lösungsmöglichkeiten. So konsultierte er u.a. den Vorstandsvorsitzenden Dr. Schmitz und informierte den Aufsichtsratsvorsitzenden Prof. Dr. Bosch. Pistor wurde von Schmitz eingeweiht, dass der Posten eines technischen Beraters in Ostasien mit dem Sitz in Shanghai zu besetzen sei. Dabei sei auch der Name von Dr. May gefallen, der dafür für sehr befähigt gehalten würde. Dr. Pistor befragte daraufhin Dr. May, ob er bereit sei nach China zu gehen. Von dort aus sei der ostasiatische Markt zu bearbeiten.

Herr Dr. May erwiderte, dass er einen solchen Vorschlag nicht annehmen könne, erstens wegen seiner alten Mutter, die einen solchen Entschluß nicht überleben würde, zweitens wegen der klimatischen Verhältnisse, die ihm nicht gut bekommen wären, drittens weil er nicht glaubt, dass er bei einer Beschäftigung auf einem solchen Posten Befriedigung findet. Am liebsten würde er z.B. in die Schweiz ziehen, um dort im Laboratorium für uns zu arbeiten und auf diese Weise seine Kraft für uns zur Verfügung zu stellen.

Pistor versuchte nun, Brücken zu bauen: Er meinte, dass auch für die Ostasienaufgabe die Schweiz als Wohnsitz in Frage käme, da die ständige Anwesenheit

dort vielleicht nicht notwendig wäre. Bei einer Anwesenheit in Europa könnte auch ein Labor für ihn in Wolfen oder Bitterfeld und eine Unterkunft zur Verfügung gestellt werden. Dr. May lehnte das aber ab, da er selbstverständlich nicht gern, wenn er die Leitung niederlege, in Bitterfeld oder Wolfen bliebe. Pistor war sicher enttäuscht, dass er das Problem nicht vom Tisch bekam. Auch die Reaktion von Vorstandskollegen war entsprechend. Hatte man doch gedacht, einen Supervorschlag gemacht zu haben.

Aus dem Vorstandskreis kam aber immerhin der Vorschlag, Dr. May in der Schweiz bei der befreundeten Firma Durand & Huguenin unterzubringen. Die Schweiz hatte aber ca. ein Jahr vorher die Vorschriften erschwert für die Erteilung von Aufenthaltsbescheinigungen für in der Schweiz arbeitende Ausländer. So musste sogar die Fa. Durand & Huguenin zum Zeitpunkt der Anfrage von Pistor einen ausländischen Mitarbeiter entlassen, dessen Bescheinigung abgelaufen war und nicht verlängert wurde. Praktisch war nur die Niederlassung als Rentner in der Schweiz noch möglich. Wie sollte es nun im Falle May weitergehen?

Ab Mitte Oktober 1935 trat eine Scheinruhe bei den Aktionen gegen Dr. May ein, aber die Aktionen der Nazis gegen Juden zeigten auch bei Dr. May und beim I.G.-Vorstand Wirkung. Am 21. Dezember 1935 schrieb May an Pistor einen Brief:

Sehr geehrter Herr Doktor,
Unter Bezugnahme auf die verschiedenen Unterredungen, welche ich in den letzten Wochen mit Ihnen und Herrn Dr. ter Meer gehabt habe, möchte ich Sie nach reiflicher Überlegung bitten, mich von meinem Posten zu entbinden.
Ich benutze gern die Gelegenheit, um Ihnen für das mir jederzeit entgegengebrachte Wohlwollen und die Förderung meiner Arbeit bestens zu danken.
Mit freundlichen Grüßen bin ich Ihr ergebener R. May
Ø Dr. ter Meer, Dr. Buhl

Das letzte dieser Gespräche fand am 20. Dezember 1935 in Frankfurt a. M. statt und führte zu dieser Einigung.

Als Antwort auf Mays Brief entwarf Pistor nun einen Brief an May. Diesen Entwurf sandte er am 23. 12. an Ministerialrat Dr. Buhl³⁵ in Frankfurt a. M. Buhl wurde gebeten, diesen Entwurf zu prüfen und bald mit Herrn Dr. ter Meer zu besprechen. Der Briefentwurf enthielt u.a. folgende Passage:

Es wird uns außerordentlich schwer, daß Sie Ihre Tätigkeit in Wolfen, die Sie jetzt seit 23 Jahren in vorbildlicher und pflichtgetreuer Weise mit großem Erfolg ausgeübt haben, aufgeben, aber wir glauben Ihnen, daß die Gründe, die Sie und uns

zu dem Entschluß geführt haben, so schwerwiegend sind, daß wir diese Regelung für die beste Lösung halten. Auf jeden Fall möchten wir Ihnen im Namen unserer Gesellschaft herzlichsten Dank sagen für das, was Sie für uns und im besonderen für unsere Werke Wolfen und Bitterfeld getan haben, und der Hoffnung Ausdruck geben, daß auch das neue zwischen Ihnen und uns geschaffene Arbeitsverhältnis fruchtbringend sein möge.

Im Weiteren waren die Eckpunkte der Besprechung vom 20.12. festgehalten, die zu einem Vertragswerk ausgestaltet werden sollten.

Die Erarbeitung der nunmehr erforderlichen Papiere (Endfassung des o.g. Briefes, Entwürfe des Mitarbeitervertrages und Karenzschriften) erfolgte ganz schnell, aber die Abstimmung innerhalb der I.G. und auch die Abstimmung mit Dr. May brauchte doch noch etliche Zeit, so dass das offizielle Ausscheiden von Dr. May aus der Direktorenfunktion und die Übergabe des Werkes an Herrn Dr. Schöner erst zum 1. März 1936 erfolgte³⁶.

Herr Dr. May tritt nach freundschaftlicher Vereinbarung am 1. März d. J. von der Leitung der Farbenfabrik Wolfen und der Mainthal-Betriebe zurück, wird uns aber seine wertvollen Kenntnisse und Erfahrungen auch weiterhin als Mitarbeiter zur Verfügung stellen.

Bis auf weiteres wird die Leitung der Farbenfabrik Wolfen Herr Dr. Schöner übernehmen, und mit seiner Vertretung wird Herr Dr. Petersen betraut. Nach Vereinbarung mit der Zwischenprodukteabteilung Wolfen wird ab 1. März d. J. die Chlorelektrolyse und die Chlorverflüssigung der anorganischen Abteilung zugeteilt.

gez. Dr. G. Pistor

Das Vertragswerk mit Dr. May (Mitarbeitervertrag und begleitende Schreiben) wurde auf den 31.1./15.2.1936 (hier Unterschrift Dr. May) datiert und von Dr. Pistor und Dr. Buhl unterzeichnet. Es waren fixiert:

A. Mitarbeitervertrag als technischer und wissenschaftlicher Mitarbeiter. Aufgabenstellungen sollten speziell die Betriebsgemeinschaft Mitteldeutschland betreffen. Die I.G. behielt sich vor, auch weitere Aufgaben im In- und –Ausland zu übertragen. Dr. May behält seine Bezüge von 1935, die sich aufteilen in

Jahresgehalt	RM 25.000.--
Sonderversgütung	RM 39.500.--
Gesamt	RM 64.500.--

Der Vertrag war fest auf unbestimmte Zeit abgeschlossen. Die Kündigung war erstmals möglich am 30.6.1938 zum 31.12.1938.

B. Nach Beendigung des Mitarbeitervertrages tritt der Karenzvertrag in Kraft, der bis zur Vollendung des 60. Lebensjahres gilt. Das beinhaltet die Geheimhaltung, die bei der I.G. üblich war und die Verpflichtung, in keine Dienste einer in- oder ausländischen Firma zu treten. In der Karenzzeit steht Dr. May bis zum Erreichen des Pensionsalters als Berater für besondere Aufgaben auf Anforderung zur Verfügung. Die Karenzvergütung sollte für die ersten 5 Jahre nach Beendigung des Mitarbeitervertrages RM 36.300.--/Jahr, für die restlichen Jahre bis zur Pensionierung RM 15.000.--/Jahr betragen.

Mit Erreichung des 60. Lebensjahres tritt der Pensionsvertrag in Kraft unter Geltung der üblichen Karenzverpflichtungen. Pensionsanspruch: RM 15.000,- pro Jahr.

Das waren komfortable Bedingungen und sollten Mays Schmerzen über die erlittenen Demütigungen lindern. Die vorliegende Akte „atmet“, dass die beteiligten Vorstandsmitglieder an dem Vorgang May diese Demütigungen durchaus nachvollziehen konnten.

Dr. May nahm die Aufgaben des Mitarbeitervertrages sehr ernst und kam regelmäßig nach Wolfen, um dort zu arbeiten. Das fiel missliebigen Parteigenossen natürlich auf. Ende September 1936 legte der Herr Kranefuß bei einer Besprechung in Berlin mit Pistor ein Schreiben der Geheimen Staatspolizei mit einer beiliegenden Anzeige vor. Darin war angezeigt, dass May auch jetzt noch dieselben Arbeiten erledige wie vorher, also auch kriegswichtige Angelegenheiten.

Pistor führte aus, dass May sehr eifrig wäre und jeden Tag in die Fabrik käme. Er habe ihm empfohlen, dass er ruhig einen Teil seiner Arbeit zuhause erledigen könne. May habe ihm gesagt, dass die gestellten Aufgaben noch nicht seinen Arbeitseifer ausfüllten³⁷. May habe den Wunsch geäußert, für die I.G. ins Ausland zu gehen.

Pistor beklagte die neuerliche Anzeige und würde es besser finden, wenn sich der Anzeigende direkt an ihn wenden würde. Er fand es unerträglich, jemand in der Fabrik zu wissen, der hinter dem Rücken etwas zu erreichen suche. Kranefuß meinte, dass unter den Bedrohungen für das Vaterland von heute man von solchen Methoden nicht abgehen könne.

Pistor führte nun am 16.10.1936 wieder ein Gespräch mit May und teilte ihm die neuen anonymen Anschwärmungen und die geführte Diskussion mit. In Abstimmung mit Herrn ter Meer legte Pistor Herrn May eine gewisse Zurückhaltung in seinem Kommen nach Bitterfeld und seiner Mitarbeit nahe. Das tägliche Hiersein hätte wahrscheinlich zu der falschen Auffassung über die Art der Arbeit von May geführt. Außerdem empfahl Pistor etwas mehr Zurückhaltung bei der Benutzung

des Autos. Weiterhin hatte Pistor mit ter Meer über Mays Wunsch gesprochen, für die I.G. in England zu arbeiten. Ter Meer würde aber kaum an eine solche Möglichkeit glauben. Dagegen wolle man an dem Mitarbeiterverhältnis festhalten. Dr. May beklagte, dass „Herren von anderen I.G.-Werken, z.B. Dr. Schwarz, Dr. Jacobi und Dr. Müller von der I.G. nach dem Ausland geschickt worden sind, während für ihn eine gleiche Regelung nicht möglich sein solle.“

Pistor blieb aktiv. Er suchte am 1. Dezember 1936 Kranefuß in seinem Büro in der Reichskanzlei auf und trug dort vor, dass in China sich die wirtschaftliche Lage, auch der chemischen Industrie sowie die politische Lage in den letzten zwei Jahren wesentlich verbessert haben. Die technische und kaufmännische Sparte der I.G. würden es als dringend geboten sehen, dass nochmals eine genaue Untersuchung der chemischen, insbesondere Farbenindustrie in China stattfindet. Alle Herren, die für eine solche Aufgabe in Frage kämen, sind wegen des Vierjahresplanes unabhkömmlich. Er brachte den Namen von Dr. May ins Spiel und zog alle Register, diesen als exzellenten Fachmann mit langjähriger Praxis für eine solche Aufgabe zu empfehlen. Es solle sich um eine zeitlich begrenzte Aufgabe handeln. Kranefuß konnte sich diesen Argumenten nicht verschließen und wollte mit seinen Freunden, insbesondere mit Herrn Keppler, darüber sprechen. Nach drei Wochen erfuhr Pistor von Kranefuß das Resultat:

Danach würde eine unerfreulich lange Liste über die Beschäftigung von Juden aus der I.G. im Ausland vorliegen, obwohl die amtlichen Stellen dauernd gegen die Besetzung wichtiger Posten durch Juden vorgehen würden. Und jetzt stelle die I.G. wieder den Antrag „einen Volljuden mit eigenartigen Eigenschaften nach dem Ausland zu entsenden.“ Die Sache sei von grundsätzlicher Bedeutung und Staatssekretär Körner werde das dem Ministerpräsidenten vortragen.

So geschah es dann auch Anfang Februar 1937. Körner ließ über Kranefuß wissen, dass Göring es nach wie vor nicht gut heißen könne, wenn die I.G. Juden ins Ausland schicke, wie er überhaupt grundsätzlich gegen so ein Vorhaben sei. Aber er wolle keine unnötigen Hindernisse aufbauen, wenn es wirklich keinen Ausweg gebe. Körner glaubte herausgehört zu haben, dass Göring zwar bereit sei, der I.G. zu helfen, wenn aber etwas schief ginge, werde er allein der I.G. die Verantwortung zuschreiben.

Am 25. November 1937 bat Dr. May bei Dr. Pistor um ein Zeugnis über seine bisherige Tätigkeit bei der I.G. mit gleichzeitiger Angabe der Gründe, welche zur Enthebung von der innegehabten Stellung geführt hatten.

Dr. May wollte sich damit um eine Arbeitstelle bei einer englischen Firma bemühen. Das belegen in der Tea-Akte die anliegenden Blätter mit Informationen

einer englischen Wirtschaftsauskunftei über die Fa. Union Rubber Co. Ltd. Nelson Works, Lancashire. Diese Firma stellte Fahrradschläuche, Gummisohlen und -absätze usw. her

Ein solches von Pistor verfasstes, sehr gutes Zeugnis liegt im Entwurf in der Tea-Akte. Darin sind die fachlichen Leistungen und das langjährige Wirken sachlich richtig gewürdigt. Es steht auch darin, „da Herr Dr. May Nichtarier ist, haben wir in gegenseitiger Übereinkunft ihn von seinen Aufgaben als Leiter der Farbenfabrik Wolfen entbunden, ...“ Ob Dr. May dieses Zeugnis so erhalten hat und je verwenden konnte, ist nicht bekannt.

Pistor bezog andere Vorstandskollegen in das Auswanderanliegen von May ein. Er weihte in einem Schreiben vom 21.12.1937 Direktor Dr. Max Ilgner in Berlin in alle Vertragsverhältnisse mit Dr. May ein und erläuterte die Anliegen von May. Danach sollte ermittelt werden, ob die finanziellen Verpflichtungen der I.G. gegenüber May kapitalisiert werden könnten und er das ganze oder ein Teil des Kapitals nach England ausführen könne. Voraussetzung sei, er hielte seine Karenzverpflichtungen ein. Diese Prüfung führte aber zu keinem fassbaren Ergebnis.

Erst vom 13. Mai 1938 gibt es wieder ein Schriftstück in der Tea-Akte: Ein Brief von Dr. Bürgin³⁸ an Dr. ter Meer. In diesem wird dargestellt, mit welchen Betrieben Dr. May nach seinem Ausscheiden aus dem aktiven Dienst am 1. März 1936 noch in Berührung gekommen ist. Hier ist zu vermuten, dass diese Zusammenstellung für die Militärbehörden benötigt wurde, da diese offensichtlich über die Ausreisewilligkeit von Dr. May informiert wurden. Darin wurde ausgewiesen, dass dieser bis ca. Februar 1938 an den Besprechungen der wissenschaftlichen Arbeiten der Farben- und Zwischenprodukte-Abteilung teilgenommen hatte. Weiterhin war die Beratung der Versuchsarbeiten auf verschiedenen Fachgebieten der Zwischenprodukte- und anorganischen Abteilung auch bis ca. Februar/März 1938 ausgewiesen. Es waren keine Themen aus dem militärischen Komplex mehr dabei.

Am 2. Juni 1938 führte Dr. ter Meer in Frankfurt eine Besprechung mit Dr. May. Darin stellte ter Meer in Aussicht, die Übersiedelung von May bei den Behörden zu befürworten, falls zwei Voraussetzungen erfüllt werden:

- Die Union Rubber Co. Ltd. schließt mit May einen mindestens dreijährigen Vertrag ab, der ihm eine sichere Existenzmöglichkeit in England schafft.

- Die deutschen Devisenbehörden geben ihre unwiderrufliche für fünf Jahre gültige Zustimmung zur Transferierung einer Karenzzahlung an May für den Fall, dass May aus irgendwelchen Gründen seine Stellung bei Union Rubber verliert. Die Höhe der Karenzzahlung muss so bemessen sein, dass Mays Existenzmöglichkeit in England erhalten bleibt.

Von der Festlegung bestimmter Geldbeträge war in der Besprechung Abstand genommen worden, da es am notwendigsten war, dass von den zuständigen Behörden Zustimmung erreicht wird. Dr. ter Meer sagte zu, sich persönlich in Berlin dafür zu verwenden.

Am 27. Juni 1938 kündigte die I.G. Farbenindustrie AG die mit Dr. May unter dem 31.1./10.2.1936 abgeschlossenen Verträge zum 31. Dezember 1938. Danach sollte das Karenzabkommen in Kraft treten.

Dr. May ließ bei Dr. ter Meer nicht locker und drängte darauf, dass die Verhandlungen fortgeführt werden, die ihm das Verlassen Deutschlands ermöglichen sollen. So geht es aus einem Brief ter Meers an Dr. von der Heyde hervor. Von der Heyde war Abwehrbeauftragter der I.G. mit Sitz in Berlin. Für solche Verhandlungen wurde am 5. September 1938 ein umfangreiches Dokument erarbeitet, welches den Titel trägt: „Beteiligung von Herrn Dr. Richard May an den in der Farbenfabrik Wolfen bei Bitterfeld durch geführten wissenschaftlichen und technischen wehrwirtschaftlichen Arbeiten“.

Verfasser waren Dr. Pistor, Dr. Schöner und Dr. Virck; letztere waren beide bereits im 1. Weltkrieg mit Giftgasangelegenheiten in der Farbenfabrik befasst. Adressat dieser Ausarbeitung war Dr. ter Meer zur Verwendung bei kommenden Besprechungen über Dr. May bei den Behörden.

Das Papier listete alle Themen seit 1914 auf, mit denen May befasst war: von den verschiedenen Sprengstoffen, über Stabilisatoren für Sprengladungsmischungen und Aktivkohle für Gasmaskeneinsätze. Es wurde herausgearbeitet, dass das alles Stand der Technik sei. An der Herstellung der Giftgase Clark I und Clark II sei May nicht beteiligt gewesen. Nach dem 1. Weltkrieg seien in der Farbenfabrik keine wehrwirtschaftlich wichtigen Produkte hergestellt oder bearbeitet worden. Erstmals im März 1932 hätten Persönlichkeiten aus Dienststellen für die Versorgung des Heeres Kontakt mit der Farbenfabrik aufgenommen, die ja unter der Leitung von Dr. May stand, und hätten sich nach den Möglichkeiten der Belieferung des Heeres im Kriegsfall interessiert. (Im weiteren Text erfolgte die Darstellung des zeitlichen Ablaufes der Diskussionen mit Dr. Zahn und die erzielten Ergebnisse. Dieses ist bereits weiter vorn in diesem Artikel dargestellt).

Beim Lesen dieser Zusammenstellung konnte durchaus der Eindruck gewonnen werden, dass die Beteiligung von Dr. May an kriegswichtigen Projekten doch nicht so umfassend war und die lange Ostasienreise sowie die Herausnahme aus dem Tagesgeschäft seit zwei Jahren zu einem Wissensverlust bei May geführt hatten. Das „Kleinschreiben“ war vielleicht auch ein Mittel, um seine Chancen für eine Übersiedlung nach England nicht gleich zunichte zu machen.

Diese Zusammenstellung erhielt auch Dr. von der Heyde, der es mit Ministerialrat Dr. Zahn besprach. Dieser wollte in kurzer Frist eine Stellungnahme abgeben. Weitere Stellungnahmen, wie die von Generalmajor Thomas sollten noch eingeholt werden. Das spielte sich alles im Oktober 1938 ab.

Die Jagd auf Juden trieb auch den Stellvertreter des Führers an, sich auch im Oktober 1938 nach den noch bei der I.G. beschäftigten jüdischen Direktoren Dr. May und Dr. Marx zu erkundigen und forderte vom SD-Hauptamt bei der Reichsführung SS entsprechende Ermittlungen in der Angelegenheit. Es läge ein umfangreicher Bericht vor und es solle bereits aus der Belegschaft heraus die Forderung gestellt worden sein, dass sich die I.G. von diesen beiden jüdischen Direktoren trennt.

Dr. ter Meer stellte die Dinge richtig und zur Anfrage Marx schrieb er:

Ein Direktor Dr. Marx ist in Wolfen nicht beschäftigt; hier liegt wohl eine Verwechslung mit dem Prokuristen Dr. Karl Marx vor, dessen Abstammung bereits früher nachgeprüft wurde mit dem Ergebnis, dass Herr Dr. Marx arischer Abstammung ist.

Dann kam die „Reichsprognomnacht“ 9./10. November 1938. Was wird Dr. May nach der Prognomnacht gedacht und getan haben? In Leipzig lief, wie in anderen Städten Deutschlands eine große Verhaftungswelle³⁹ an, die für viele Juden in ein KZ führte. Es gibt keine Nachricht und keinen Beleg darüber, wo sich Dr. May aufhielt und welche Konsequenzen er zunächst aus der aktuellen Situation zog. Auf jeden Fall war er von allen durch die Nazis erlassene Gesetze auch betroffen. Das waren 1938 zahlreiche weitere erniedrigende Regelungen⁴⁰.

Es kam so, wie erwartet. Die Stellungnahmen des Heereswaffenamtes und des Wehrwirtschaftsstabes waren ablehnend. Danach erhob das Oberkommando der Wehrmacht gegen die beabsichtigte Auswanderung von Dr. May schwere Bedenken. Andere damit befasste Dienststellen nahmen keinen anderen Standpunkt ein. Diese glatte Ablehnung musste nun Dr. May vermittelt werden. Da Dr. Pistor auch seinen Wohnsitz in Leipzig hatte, bat von der Heyde diesen mit einem Schreiben vom 16. Dezember, die unangenehme Aufgabe zu übernehmen. Pistor

hatte aber gar keine Lust dazu und empfahl auf die Rückkehr ter Meers zu warten, welcher auf einer Dienstreise in den USA war.

Mit Dr. May brauchte aber niemand mehr zu sprechen, denn dieser war weg und ohne Pass, wie sich herausstellte! Die Wirtschaftlerin von Dr. May, Fräulein Brückner, erhielt 30. Dezember 1938 Post von Dr. May, welche dieser auf den 21. 12. datiert hatte, mit der Bitte, ihm einige Sachen an die Adresse seines Schwagers nach England zu senden und die Polizei von seinem Verschwinden zu verständigen. Fräulein Brückner hatte von Dr. May seit dem 17. Dezember nichts mehr gehört und leitete diese Information nach Wolfen weiter. Nun kam Hektik im NS-Apparat auf. Viele Dienststellen wollten Informationen. Sogar die Frage kam auf, wer für die gelungene Flucht verantwortlich sei.

Am 7. Januar 1939 sandte Dr. May aus London einen Einschreibebrief an I.G. Zentrale nach Frankfurt, zu Hd. Direktor Dr. ter Meer mit einer kurzen Mitteilung:

Das verschärfte Herangehen gegen Juden in Deutschland in den letzten Monaten veranlassen mich, meinen Wohnsitz nach hier zu verlegen. Ich bemerke, dass ich nach wie vor bereit bin, das Karenzabkommen einzuhalten und erwarte diesbezügliche Vorschläge.

Die Zollfahndungsstelle Leipzig erließ eine „Vorläufige Sicherungsanordnung“ über Mays gesamtes Vermögen. Die Dresdner Bank wurde ermächtigt, unmittelbar an das Finanzamt „zugunsten“ des Betroffenen Überweisungen auszuführen, d.h. die „Sühneabgabe“, welche als Folge der Progromnacht von den Juden abzuführen war, von Mays Konto abzuführen.

Dr. May ließ sich nun von Rechtsanwalt Eduard Cruesemann, London vertreten. Cruesemann informierte die I.G. dass Mays potentielle Arbeitsstelle bei Nelson hinfällig sei und dieser nun anfragte, was aus den Karenzzahlungen wird, denn May wolle seine Verpflichtungen einhalten. Am 17. Februar 1939 antwortete die I.G. an Dr. May, dass wegen der Karenzzahlungen Verhandlungen mit den behördlichen Stellen geführt würden und man sich nach Abschluss derselben wieder mit ihm in Verbindung setzen wolle.

Von der Heyde nahm nun Kontakt auf mit dem Reichswirtschaftsministerium, das auf das Erfordernis einer vorherigen Stellungnahme des Oberkommandos des Heeres verwies. Von der Heyde führte nun ein Sondierungsgespräch mit Dr. Zahn. Zahn kannte ja den „Fall“ Dr. May auch persönlich. Die Herren stimmten sich nun in der Vorgehensweise ab.

Von der Heyde produzierte nun ein „Streng Vertrauliches“ Papier, dieses wurde adressiert an das Oberkommando des Heeres (28.2.1939) zu Händen Ministerialrat Zahn. Es bezog sich auf die gehabte Besprechung mit Zahn. Dieses Schreiben war gar nicht lang und enthielt auch argumentativ keine neuen Fakten. Im Schreiben wurde aufgeführt, dass die von Dr. May in England angestrebte Stellung sich offensichtlich zerschlagen hat und May darauf drängt, eine seiner Stellung in Deutschland entsprechende andere Position im Ausland anzunehmen, wenn er nicht an die Karenzvereinbarung mit der I.G. gebunden wird. Diese Bindung wäre aber nicht nur im Interesse der I.G., sondern auch im deutschen Interesse. Dr. May sei einer der kenntnisreichsten Techniker auf dem Gebiet der Farbstoffzwischenprodukte und Fachmann auf dem Gebiet der organischen Chemie. Die frühere Beschäftigung von May auch mit solchen Fragen, die für die Wehrmacht von Bedeutung sind, seien Dr. Zahn ja bekannt. Deshalb werde hier nicht darauf eingegangen. May könnte außerhalb einer Karenzverpflichtung im Ausland von geheim zuhaltenden Fragen Mitteilung machen. Eine befriedigende Karenzzahlung könnte ihn doch von derartigen Mitteilungen abhalten. Man sei sich bewusst, dass es sich doch um eine beträchtliche Summe handle, die in Devisen aufgebracht werden müsse. Es wurde um baldigen Bescheid gebeten.

Was lange Zeit nicht für möglich gehalten wurde, trat jetzt ein. Das Oberkommando des schrieb am 6. März 1939 mit dem Vermerk „Geheim“, dass

die Möglichkeit einer Karenzzahlung nicht nur im Interesse der I.G. und der deutschen Volkswirtschaft wäre, sondern auch die Möglichkeit böte, Dr. May zum Schweigen über eine Reihe militärischer Vorbereitungen zu veranlassen, von denen er Kenntnis hat. Ihm sind sowohl die Verhandlungen bekannt, die seit 1933 über Kampfstofffragen geführt wurden, als auch über vorbereitende Schritte, die an verschiedenen Stellen für fabrikatorische technische Ausführung solcher Anlagen seitens des Heeres ergriffen wurden. Es kennt zum Teil sogar die Pläne und Fertigungsstätten als solche und ist auch über die Errichtung von Diglykolfabriken, Anlagen zur Herstellung von Stabilisatoren für rauchloses Pulver u dgl. wie alles, was mit dem Kampfstoffgebiete in Verbindung steht, informiert.

Die Bindung des Dr. May durch eine Karenzverpflichtung liegt daher in dringendem militärischen Interesse und das O.K.H. befürwortet alle Ihre Bestrebungen, die in diese Richtung laufen. Sie werden auch ermächtigt, von diesem Schreiben gegenüber dem Reichswirtschaftsministerium (RWM) und Reichsfinanzministerium (RFM) Gebrauch zu machen.

Dieses Schreiben war der Türöffner. Vom RWM kam die Genehmigung mit der Auffassung, mit Dr. May Abmachungen über eine Karenzvereinbarung zu treffen, die den Devisenaufwand möglichst gering hält.

Direktor Dr. Krüger aus einer Berliner Abteilung der Zentralen Finanzverwaltung der I.G. wurde zur weiteren Abklärung im März 1939 nach London gesandt. Er führte mit Dr. May im Büro von RA Cruesemann in dessen Anwesenheit ein Gespräch zur Ausgestaltung einer Karenzvereinbarung. Krüger informierte May über die Auflagen des RWI zur Minderung der aufzuwendenden Devisen. Da die Verhandlungen Zeit brauchen würden, bot Krüger an, eine Vorauszahlung von £1200 zu leisten, die dann mit den sich aus der Vereinbarung ergebenden Zahlungen zu verrechnen wäre. Dr. May sollte dagegen erklären, dass er sich nicht mehr frei für andere Angebote, sondern an die I.G. gebunden fühle. May aber sagte, so gut er das Geld gebrauchen könne, er sich nicht darauf einlassen würde, gegen Empfangnahme einer Vorauszahlung endgültig an die I.G. zu binden. May äußerte Zweifel, ob die Verhandlungen zu einem für ihn befriedigenden Ergebnis in einem für ihn entscheidenden Punkt führen würden. Seinen Vertrag betrachte er als Minimum. Aber er erwarte, dass die I.G. ihn nicht mit 53 Jahren „einsarge“, sondern ihm die Möglichkeit gebe, sich noch zu betätigen und noch etwas Geld zu verdienen.

Intern unterbreitete Dr. Krüger seinem Vorstand den Vorschlag: Überweisung von RM 7554,-- und weiterhin RM 2518,-- monatliche Zahlung in englischen Pfund zum jeweiligen Tageskurs, sobald May die Bestätigung gebe, dass er gegen diese Zahlung für die Zeit der Verhandlungen über eine neue Regelung an die I.G. gebunden sei und keinerlei Angebote von anderer Seite annehme.

Aus dem Büro von Dr. Buhl ging am 28.3.1939 ein Brief an RA Cruesemann heraus, welcher die von Krüger vorgeschlagenen Zahlungen zusagte. Von Dr. May wurde loyales Verhalten erwartet. Die I.G. signalisierte, dass man hinsichtlich von Arbeitsfeldern, auf denen May arbeiten könne, Lösungen finden könne. Unverzüglich würden Verhandlungen mit dem RWM zur Transferierung der vorgesehenen Zahlungen aufgenommen. Die erste Rate in Höhe von RM 7554,-- wurde in englischen Pfund am 13.4.1939 überwiesen⁴¹.

Das RWI erteilte am 27. Mai 1939 einen Genehmigungsbescheid über die weitere Vorgehensweise: Der Reichswirtschaftsminister sei einverstanden, dass Dr. May auf den abgeschlossenen Karenzvertrag und den anschließenden Pensionsvertrag Zahlungen in englischen Pfunden, umgerechnet zum Tageskurs, erhalte. Es erging Auflage, Dr. May zu veranlassen, sich außerhalb des durch die Karenzvereinbarung ausgeschlossenen Arbeitsgebietes nach einer geeigneten Beschäftigung umzusehen. Die I.G. habe ihn dabei zu unterstützen. Es sei zu versuchen, dass Dr. May sich die Einnahmen aus einer anderweitigen Tätigkeit weitestgehend auf die Karenzvergütung anrechnen lasse. Hinsichtlich der Pensionsansprüche sei Dr. May darauf hinzuweisen, dass ein Transfer nur mit dem für

alle I.G. Pensionäre gültigen Höchstsatz (z. Zt. 700.--RM monatlich) stattfinden könne. Eine Sicherstellung der Ansprüche von May durch eine ausländische Bankbürgschaft wurde abgelehnt.

Die weiteren Verhandlungen mit Dr. May führten nun die Herren Vorstandsmitglieder Dr. ter Meer und Dr. Buhl. Man traf sich am 20. Juni 1939 in Paris.

Das war nun wirklich ein bemerkenswerter Vorgang. Diese beiden Herren nahmen im Führungszirkel der I.G. nach dem Vorstandsvorsitzenden, Geheimrat Schmitz, mit die wichtigsten Funktionen ein. Sie unterzogen sich der Mühe, nach Paris zu Verhandlungen mit einem entwichenen Juden zu führen. Wahrscheinlich war es die Erkenntnis, dass May doch vielmehr über kriegswichtige Aktivitäten in der Farbenfabrik erfahren hatte und diese Dinge im Ausland ausbreiten könnte. Die NS-Dienststellen könnten auch die Frage stellen, wer verantwortlich für die mangelnde Ausschaltung von Dr. May in den letzten Jahren war. Das würde Ärger geben, wie ihn auch Dr. Gajewski im Sommer 1938 nach der Flucht Dr. Goldackers (Filmfabrik) nach Palästina hatte⁴². Das wollte man sich ersparen und May ruhig stellen.

In der Besprechung wurden Dr. May die Auflagen des RWI erläutert. Die Diskussion war außerordentlich schwierig, vor allem wegen der Beschränkung des Transfers bei der Pension auf 700,-- RM pro Monat. Auch die von May geforderte Bankgarantie war eine schwere Hürde. Zwar hatte May einem Rechenmodell zur Anrechnung eines Einkommens auf die Karenzvergütung noch nicht seine volle Zustimmung gegeben, aber die Herren aus Frankfurt kamen mit einem Ergebnis nach Hause, mit welchem der Entwurf einer neuen Vereinbarung mit May ausgearbeitet werden konnte. Danach sollte der neue Vertrag mit Rückwirkung vom 1.1.1939 anstelle des Karenzabkommens und an Stelle der Pensionsbestimmungen treten. Der Entwurf wurde dem RWI zugestellt; dieses gab mit Schreiben vom 12.7.1939 seine prinzipielle Zustimmung. Parallel dazu und in den folgenden Wochen gab es etliche Telefonate und Schreiben an das Büro Cuesemann / Dr. May und zurück, in denen um Details der Ausgestaltung des neuen Vertragswerkes gerungen wurde.

Es kam der 1. September 1939, Kriegsausbruch – alles wurde anders. Damit war auch die vorbereitete Karenzzahlung für August nicht mehr realisiert worden. Eine gültige neue Vereinbarung war (durch Nichtannahme seitens Dr. May – so die I.G.-Formulierung) nicht zustande gekommen und der alte Vertrag sei infolge des Kriegsausbruches mit Ende des Monat August erloschen, so die I.G.-Interpretation in einem internen Papier vom 25.10.1939. Es wurden Überlegungen angestellt, ob May versuchen würde, durch Beschlagnahme von I.G.-Vermögen in England die Zahlung einer Karenzvergütung zu erzwingen. Im Fal-

le einer rechtlichen Auseinandersetzung würde die I.G. wohl von May den Nachweis der Karenzeinhaltung fordern. Es sei eher wahrscheinlich, dass May seine Dienste in England anbiete, sei es aus Selbsterhaltungstrieb oder auch um einer Internierung zu entgehen. Deshalb wurde beschlossen, an Dr. May keine Zahlungen mehr zu leisten, weil auch jede Möglichkeit der Kontrolle fehle, ob May die Karenz einhalte. Von dieser Sachlage wurden das RWM und das Oberkommando des Heeres unterrichtet.

Die Nazis haben Dr. May aus Deutschland vertrieben. Nach dem Kriege erfolgten in Wolfen zahlreiche Straßenumbenennungen, bei denen Nazi-Namen getilgt und unter anderem mit Namen von verdienstvollen Persönlichkeiten aus der Agfa-Zeit ersetzt wurden. Hierbei erhielt Dr. May auch eine Würdigung. Eine Straße in einer Agfa-Wohnsiedlung erhielt den Namen Richard-May-Straße⁴³.

Zur Zeit der DDR gelang es erneut, Dr. May aus Wolfen zu vertreiben, dieses Mal symbolisch:

Der Rat der Stadt Wolfen beschloß in seiner Sitzung am 16.11.1961 auf der Grundlage des Gesetzes über die örtlichen Organe der Staatsmacht vom 17.1.1961 folgende Straßenumbenennungen im Stadtgebiet von Wolfen:

Die nach den ehemaligen IG-Farbenkonzern-Direktoren der Anilinfabrik Wolfen Dr. Streng, Dr. Clausius, Dr. Bode und Richard May benannten Straßen werden infolge des volksfeindlichen Wirkens derselben wie folgt umbenannt:

Stengstraße in Gutenbergstraße

Clausiusstraße in Rembrandtstraße

Bodestraße in Guts-Muths-Straße und

Richard-May-Straße in John-Scheer-Straße.⁴⁴

Dabei ist es auch nach der politischen Wende in der DDR nach 1989 geblieben.

Dr. Theodor Mariam

Theodor Mariam wurde am 18. Dezember 1884 in Frankfurt a. M. geboren⁴⁵. Er besuchte dort die Oberrealschule und erreichte das Reifezeugnis Ostern 1903. Das Studium absolvierte er an der Technischen Hochschule Darmstadt und an der Universität Bonn von 1903 bis 1907. Nach Abschluss seiner Dissertationsschrift „Ueber Methionsäuresynthesen“ im Sommer 1907 arbeitete er ab 1. November 1907 als Assistent im Labor des Geheimrates Prof. Dr. Claisen in Godesberg. Am 11. Mai 1908 wurde er an der Philosophischen Fakultät der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität zum Dr. phil. promoviert. Da er seinen Berufsweg in der Chemischen Industrie gestalten wollte, trat er aus dem Labor von Prof. Claisen aus, der ihn gerne weiterbeschäftigt hätte. Mit einem sehr guten Zeugnis und besten Wünschen und Empfehlungen seines Professors wechselte er im August 1908 zum Chemikalienwerk Griesheim GmbH. Dort arbeitete er bis Juli 1916 zunächst als Assistent des Betriebsleiters und später als Leiter verschiedener Abteilungen mit organischen Synthesen (Zwischenprodukte). Ab 1916 bis 1920 leitete er die Teer- und Benzoldestillation der Chemischen Fabriken Worms AG in Worms. Dieses Unternehmen war die Muttergesellschaft des Chemiewerkes Griesheim.

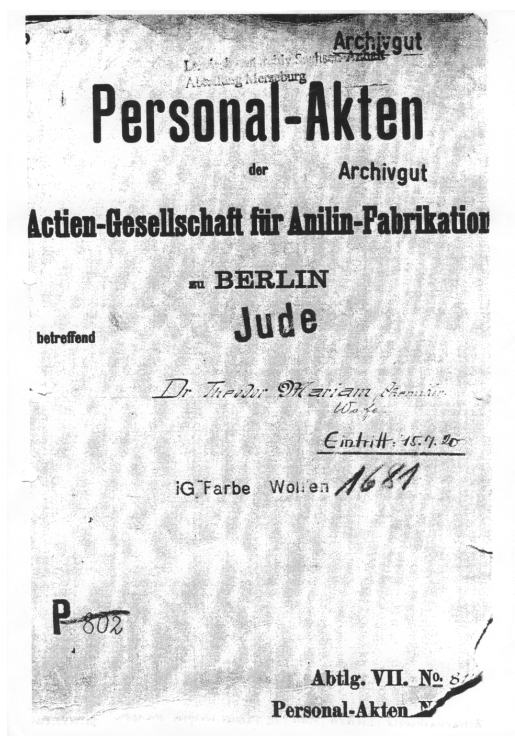


Abb. 2: Dr. Mariam, Deckblatt Personalakte; LHASA, MER., IG Farbenfabrik Wolfen Nr. 1681.

Ende des Jahres 1919 bewarb sich Mariam um eine Anstellung in der Agfa. Zum 15. Juli 1920 wurde er in der Benzidinfabrik der Agfa Farbenfabrik Wolfen eingestellt. Mariam war verheiratet und hatte zwei Kinder (Sohn Rudolph und Tochter Hortense). Er zog schon am 15. Juni 1920 mit der Familie von Worms nach Dessau um. Dr. Mariam erhielt einen auf zwei Jahre befristeten Vertrag, der – wie damals üblich – vor dem Fälligkeitstermin überprüft, immer wieder verlängert sowie hinsichtlich Arbeitsaufgaben und Vergütung angepasst wurde. Der Start in der Farbenfabrik Wolfen verlief offenbar auch erfolgreich, wie zwei Patentanmeldungen vom November 1920 belegen, an denen Mariam beteiligt war⁴⁶. Dr. Mariam zog zum 1. Oktober 1922 nach Wolfen in die Krüllsstraße 6a, in eine große Dienstwohnung in gehobener Lage in Wolfen. Diese Wolfener Wohnsiedlung für leitende Angestellte war gerade neu erbaut worden. Dr. Mariam gehörte in der Wolfener Zeit der Jüdischen Gemeinde Delitzsch-Bitterfeld-Eilenburg⁴⁷ an, da Bitterfeld/Wolfen keine eigene Jüdische Gemeinde hatte.

Die letzte in den Akten befindliche Ausfertigung des Dienstvertrages datiert vom 21. Januar 1931. Dieser Vertrag wurde auch immer wieder verlängert.

Am 1. April 1932 zog Familie Mariam in eine preiswertere Wohnung nach Dessau in die Albrechtstraße 13. So ist es aus seinem Antrag an die Personalabteilung der I.G. auf Fahrgeldzuschuss für die Eisenbahnfahrt 2. Klasse zwischen Dessau und Wolfen zu entnehmen.

In den Personalunterlagen von Dr. Mariam finden sich bis Mai 1938 keine Hinweise auf Drangsalierungen, weil er Jude war. Das muss aber nicht heißen, dass seine berufliche Tätigkeit hinsichtlich antisemitischer Anfeindungen spannungsfrei war. Aber der Umgang in der Farbenfabrik zwischen Direktion und Dr. Mariam schien normal zu sein. Mit Schreiben vom 24. Dezember 1934 bedankte sich Mariam bei Direktor Dr. Schöner für die übermittelten Glückwünsche zu seinem 50. Geburtstag und am 10. Juli 1936 dankt das Ehepaar Mariam mit einem Schreiben aus Cortina d'Ampezzo an die Direktion der Farbenfabrik für die Glückwünsche zur Silberhochzeit. Vom August 1937 ist in den Direktionsakten ein Gruß von Dr. Mariam aus Bad Kissingen, wo er zur Badekur wegen Gicht weilte.

Der NS-Staat erhöhte im Jahre 1938 mit umfangreicher Gesetzgebung den Druck auf Juden. In diesem Zusammenhang stieg auch der Druck auf Unternehmen, die noch jüdische Mitarbeiter beschäftigten. Auf einer Sitzung des Zentralausschusses der I.G. am 25. April 1938 in Heidelberg in der Villa von Carl Bosch wurde beschlossen, alle noch in der I.G. beschäftigten Juden zu entlassen⁴⁸. Nun ergaben sich auch Konsequenzen für Dr. Mariam. Anfang Mai 1938 fand mit ihm ein

Gespräch statt, welches leider nicht dokumentiert ist. Am 14. Mai bat Mariam in einem sehr eindringlichen Schreiben an den Direktor der Farbenfabrik um Verbesserungen der Konditionen anlässlich seiner in Vorbereitung befindlichen Kündigung:

Ich möchte sie noch einmal dringlichst darum bitten, sich dafür einzusetzen zu wollen, dass mir, wenn es irgend ermöglicht werden könnte, bis zur Erreichung des pensionspflichtigen Alters von 60 Jahren doch Wartegeld gewährt wird. Sollte dies aber gar nicht durchführbar sein, so bitte ich herzlichst darum, mir doch wenigstens das volle bisherige vertragliche Einkommen noch für ein volles Vertragsjahr, d.h. bis zum 30. Juni 1939 zu gewähren.

Ich richte diese Bitte an Sie im Interesse meiner heutigen Lage mit ungenügend versorgten beiden Kindern und ich hoffe zuversichtlich, sowohl bei Ihnen wie auch bei Herrn Dr. Bürgin volles Verständnis für meine – selbst unverschuldete – Lage zu finden.

Ergebenst Dr. Theodor Mariam

Die Beurlaubung vom Arbeitsplatz erfolgte am 17. Mai 1938. Das eigentliche Kündigungs- und Pensionierungsschreiben kam am 29. Juni 1938. Darin wurde auf die kürzlich stattgefundene Unterredung Bezug genommen, auf der

wir verabredeten, daß der zwischen Ihnen und uns bestehende Anstellungsvertrag vom 21. Januar 1931 im beiderseitigen Einvernehmen vorzeitig, und zwar zum 31. Dezember 1938 sein Ende erreicht und Sie mit dem 1. Januar 1939 in den Ruhestand treten. ...

Demgemäß kündigen wir das zwischen Ihnen und uns bestehende Anstellungsverhältnis hiermit fristgemäß zum 31. Dezember 1938 auf und beurlauben sie gleichzeitig bis zum Ablauf Ihres Anstellungsvertrages.

Entgegenkommender Weise erklären wir uns bereit, Ihre vertragsmäßigen Bezüge ab 1.1.1939 auf die Dauer eines weiteren Jahres, also bis zum 31.12.1939 unter Einbeziehung der Ihnen aus der Pensionskasse zufließenden Pensionskassenrente für dieses Jahr weiterzuzahlen, wogegen sie zur Einhaltung des mit Ihnen vereinbarten Wettbewerbsverbotes in vollem Umfang verpflichtet sind.

Mit dieser Regelung sollten dann auch alle Ansprüche für die von Mariam ausgearbeiteten Verfahren oder Verbesserungen von Verfahren, an denen er beteiligt war, abgegolten sein. Das Wettbewerbsverbot für Mariam wurde im Juli 1938 ausdrücklich noch erneuert.

Das Einkommen von Dr. Mariam im Jahre 1938 betrug RM 12.168.--. Von der Pensionskasse erhielt er ein Schreiben, dass ab 1. Januar 1939 seine monatliche Pension RM 446,90 betragen wird. Mit der vom Unternehmen zugesagten Aufstockung in Höhe von RM 567,10 pro Monat ergab sich eine Monatssumme von

RM1.014,--. Damit sollten die Bezüge 1939 eine Gesamtsumme von RM 12.168,-- erreichen. Ab 1. Januar 1940 sollten lediglich die Pensionsbezüge gezahlt werden: RM 5.362,80 pro Jahr.

Auch in Dessau wütete der braune Mob in der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938. Damit auch alle willigen Nazis Bescheid wussten, wo sie aktiv werden konnten, veröffentlichte die Zeitung „Der Mitteldeutsche“ in den Dessauer Stadtnachrichten am 9. November 1939 eine Adressenauflistung der in Dessau noch lebenden Juden. Die Namen von Dr. Theodor Mariam, Ehefrau Käthe und Tochter Hortense waren auch in der Liste.

Die braunen Horden zogen in der Nacht durch Dessau. Jüdische Geschäfte wurden zerstört und geplündert, Wohnungen beschädigt und die Synagoge niedergebrannt. Am folgenden Tag wurde der jüdische Friedhof geschändet und das Moses-Mendelssohn-Denkmal zerstört. 85 jüdische Männer wurden z.T. unter Misshandlungen in Haft genommen und in das KZ Buchenwald verschleppt⁴⁹.

Ab Januar 1939 trat die Pensionsvereinbarung in Kraft und die zugesagten Zahlungen flossen auch an Dr. Mariam, wie einer Zusammenstellung der I.G. zu entnehmen ist. Dr. Mariam bereitete seine Auswanderung vor. Hierzu brauchte von der I.G. Dokumente, die er verschiedenen Behörden vorzulegen hatte.

Im Frühjahr 1939 gab die Familie Mariam die Wohnung in der Dessauer Albrechtstraße 13 auf. Ab 1. April 1939 teilte Dr. Mariam als Adresse Rabestraße 8, im Parterre bei Steinbock mit⁵⁰. Die Familie Steinbock (Vornamen: Betty, Hirsch und Minna, geb. Lewkowitz) war ebenfalls in der Liste der noch im November 1938 in Dessau 204 lebenden Juden genannt.

Aus einer Publikation der Moses-Mendelssohn-Gesellschaft mit Berichten von überlebenden ehemaligen jüdischen Dessauer Bürgern geht hervor, dass sich das Haus Rabestraße 8 im Eigentum des jüdischen Besitzers Steinbock befand. In diesem Haus hatten weiterhin Mitglieder der Familien Fein und Goldmann, ehemals angesehene Dessauer Geschäftsleute, Quartier gefunden⁵¹. Deren Geschäfte waren zur „Arisierung“ gekommen und sie bereiteten sich auf die Auswanderung vor.

Der Schriftverkehr im Sommer des Jahres 1939 enthält die Informationen, dass beide Kinder Mariams bereits nach Amerika ausgewandert waren. Dr. Mariam selbst hatte inzwischen die Auswanderungsgenehmigung erhalten. Die Einwanderungsquote in die USA war jedoch sehr gering, so dass – auch bei Vorliegen der Einwanderungsgenehmigung – mit Wartezeiten von 2 Jahren zu rechnen war. Dr. Mariam plante deshalb vorerst im September 1939 zu seiner Schwester nach

England überzusiedeln. Er bat die I.G. darum, die ihm monatlich zustehenden Beträge für das Jahr 1939 oder zumindest die ihm bis August zustehenden Beträge aus Pension und Karenzvergütung in einer Summe zu überweisen. Er verwies darauf, dass er Barmittel brauche zur Vorbereitung seiner Auswanderung und zur Befriedigung der Forderungen des Finanzamtes. Er verpflichtete sich ausdrücklich zur Einhaltung der Karenz in England; verwies aber auch darauf, dass er ohnehin keine Arbeitserlaubnis dort erhalten würde und auf Kosten der Verwandten und Garanten leben müsse. Er bat auch um die Ausstellung eines Zeugnisses für die Zeit bei der Agfa bzw. in der I.G. Dieses erhielt er auch. Es war ein gutes Zeugnis und war auf den 31. Dezember 1938 datiert. Als entlassende Struktureinheit in der Farbenfabrik war das Wissenschaftliche Laboratorium angegeben, wo er die Aufgabe hatte, neue Verfahren auszuarbeiten.

Nach rechtlicher Prüfung teilte die Devisenstelle der Zentralfinanzverwaltung der I.G. mit, dass eine Vorauszahlung möglich wäre, ohne dass eine Genehmigung des Reichswirtschaftsministeriums erforderlich sei. Sogar die Karenzvergütung ein Jahr im Voraus sei im Inland auszahlbar, allerdings ein Transfer von Karenzbezügen nach erfolgter Auswanderung nicht mehr. Nach erfolgter Auswanderung müssten Beträge auf ein Auswandererguthaben eingezahlt werden.

Ende August 1939 konnte Dr. Mariam Deutschland verlassen. Seiner Frau war das offensichtlich nicht möglich. Die Akten belegen, dass diese nunmehr in Berlin wohnte und im Auftrage von Dr. Mariam von der Pensionskasse der Angestellten der I.G. Wolfen-Bitterfeld Überweisungen erhielt. Nach der Satzung der Pensionskasse betrug Mariams Pension 446,90 RM. Davon wurde in der Steuerklasse 3 nach Anordnung des Finanzamtes RM 57,72 einbehalten, so dass die Nettopension 389,18 RM betrug. An Frau Käthe Sara Mariam wurde 289,18 RM überwiesen. Die restlichen 100 RM erhielt die Jüdische Kultusvereinigung zu Berlin e.V. Beide Zahlungen erfolgten mit Genehmigung der Devisenstelle Berlin.

Am 22. August 1941 verfügte die Geheime Staatspolizei, Dienststelle Halle in einem Schreiben an die Sozialabteilung der I.G. in Wolfen auf Grund des Paragraphen 1 der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat vom 28.2.1933 (noch aus der Zeit von Hindenburg), dass die Vermögenswerte des ausgewanderten Theodor Israel Mariam vorläufig staatspolizeilich beschlagnahmt seien. Die Zahlungen seien einzustellen und der Gestapo der bisherige Empfänger namhaft zu machen. Die I.G. stellte die Zahlungen ab 1. September 1941 ein. Wovon sollte Frau Mariam nun leben?

Ergänzende Informationen zum Schicksal von Dr. Mariam konnte die Moses-Mendelssohn-Gesellschaft e.V. (MMG) beisteuern. Diese hatte im Jahre 1995 eine Anzeige in der New Yorker deutschsprachigen jüdischen Zeitung „Aufbau“ geschaltet, in der sie zwecks Erforschung der Geschichte der Juden in den Jahren 1932-1945 Namen und Kontaktadressen von Juden suchte, die in dieser Zeit in Dessau lebten. Dieser Aktion war ein großer Erfolg beschieden und sie führte zu umfangreichem Schriftverkehr. Im Resultat konnte die schon zitierte Broschüre „Verfolgt, Vertrieben...“ erscheinen. Die Kinder von Dr. Mariam hatten sich auch gemeldet und wertvolle ergänzende Informationen vermittelt⁵². Ein Bericht von Rudolph Mariam ist in der erwähnten Broschüre auf Seite 110 abgedruckt.

Weitere Informationen enthalten auch die in der MMG vorliegenden Briefe von Frau Hortense Lewin, geborene Mariam. Diese waren bisher noch nicht mit in die Veröffentlichung von persönlichen Daten einbezogen, da Frau Lewin bislang keine Zustimmung dazu gegeben hatte. Das ist jetzt erfolgt⁵³.

Frau Lewin beschrieb ihre Kindheit in Wolfen als unbeschwert. Die Wohnung lag in einer vorzüglichen Lage mit einem großen Garten voller Blumen. Die Nachbarn waren leitende Angestellte der Film- und Farbenfabrik Wolfen, bis zur Direktorenebene. Die Kinder spielten gemeinsam in den großen Gärten; sie war völlig akzeptiert als einziges jüdisches Kind. Sie ging vier Jahre lang zur I.G.-Privat-Schule in Wolfen, anschließend nach Bitterfeld auf das Lyzeum. Während der Wolfener Jahre brachte ihre Mutter sie nach Dessau zum jüdischen Religionsunterricht zum Kantor, dessen Familie mit der Familie Mariam gut bekannt war. Sie erinnerte sich aber auch an ein Zeichen von Antisemitismus, denn in die Hauswand hatte eines Tages ein Kind eingekratzt: „Juden geht nach Palästina“. Das war vor 1933. Sie hatte das damals gar nicht verstanden. Sie musste ihre Mutter fragen, was das bedeuten solle. Frau Mariam forderte von der I.G.-Hausverwaltung die sofortige Beseitigung der Schmiererei, was auch unverzüglich geschah.

Im Zusammenhang mit dem Umzug der Familie nach Dessau im Jahre 1932 hat Hortense Lewin in Erinnerung, dass ihre Eltern das Gefühl hatten, nicht mehr in die Wolfener Wohngegend zu passen. Auch hätte man ihnen den Umzug nahe gelegt. Sie ging nun auf das Dessauer Antoinetten-Lyzeum, hatte aber keine Freunde mehr. Es gab keine persönlichen Feindseligkeiten, man übersah sie einfach und sie war sehr isoliert. Sie durfte das Lyzeum aber nicht abschließen, da jüdischen Kindern durch die Nazis der weitere Schulbesuch nach 1933 dort verboten wurde. In Berlin fand sie die Möglichkeit, an einer privaten Kunstschule (Reimann-Schule) sich zur Modezeichnerin ausbilden zu lassen. Da gab es in Berlin einen großen Freundeskreis bis auch diese Schule arisiert wurde. Aber an

eine Anstellung im Beruf war nicht zu denken. Sie kehrte nach Dessau in ihr Elternhaus zurück. Ihr Bruder musste in Leipzig sein Jura-Studium im Jahre 1933 aufgeben. Er konnte im November 1938 in die USA auswandern.

In der „Reichskristallnacht“ wurden auch bei Mariams in der Erdgeschosswohnung die Fenster eingeschlagen, ihr Vater in das KZ Buchenwald verbracht. Während der Inhaftierung von Dr. Mariam leitete seine Frau die Auswanderung ein, um die Entlassung ihres Mannes zu bewirken. Viele Papiere waren erforderlich. Jedes Auswandererzielland hatte andere Vorschriften. Nach Rückkehr ihres Vaters hätte Hortense Mariam ihn bald nicht wieder erkannt.

Die Wohnung wurde aufgegeben, ihre Eltern wohnten möbliert bei Familie Steinbock. Hortense Mariam kam bei der Frau Lewkowitz⁵⁴ unter. Das tägliche Leben war angsterfüllt, die Beschaffung der Mahlzeiten ein Problem. Die Familie Mariam ging einzeln oder zu zweit in ein Restaurant weit hinten, um nicht gesehen zu werden.

Hortense Mariam emigrierte im Mai 1939 nach England. In Bremerhaven nahm sie Abschied von ihren Eltern, ihre Mutter sah sie hier zum letzten Mal. Die Ausreisekontrollen waren scharf. Mit strengen Leibesvisitationen wurde gesucht, dass ja keiner Geld oder Schmuck mitnehmen würde. Sie erhielt in England ein „Permit“, welches ihr die Arbeit als Hausangestellte bei einer freundlichen Familie ermöglichte. Das sei eine gute Schule gewesen, sie konnte ihre Sprachkenntnisse sehr vertiefen. Ab Herbst 1939 konnte sie auch ihren Vater einmal pro Woche treffen, obwohl die Ausländer in ihrer Bewegung stark eingeschränkt waren. Ihr Vater war Ende August nur mit Handgepäck, ohne warme Kleidung nach England gekommen, was in dem kalten Winter ein Problem war. Dr. Mariam fand nach einigen Monaten Arbeit in der Chemischen Industrie bei ICI und entging damit der Internierung. Probleme im täglichen Leben hatte er aber auch als „feindlicher deutscher Ausländer“.

Hortense Mariam hatte ein Auswanderervisum in die USA und landete im August 1940 dort an. Die gefährliche Überfahrt erfolgte unter Geleitschutz von Truppen im Konvoi. Die Abreise fiel ihr nicht leicht, wegen des zurückbleibenden Vaters aber auch wegen ihres Freundes, den sie erst im Jahre 1946 in Amerika heiraten konnte. Der Start in den USA war auch nicht leicht. Die Arbeitssuche war schwer, da zu diesem Zeitpunkt die Arbeitslosigkeit auch relativ hoch war.

Über verschiedene Jobs konnte sie später als Modezeichnerin arbeiten. Aus Amerika konnte sie auch mit ihrer Mutter korrespondieren und auch vorsichtig über ihren Vater in England berichten (Kriegseintritt der USA erst Dezember 1941). Es war bekannt, dass die Post in Deutschland kontrolliert wurde. Sie beschrieb

das Leben in den USA, trotz materieller Einschränkungen, als wunderbar mit Freiheit und Toleranz. Überschattet wurde das von der Unsicherheit über das Schicksal ihrer Mutter, über die man ab 1942 keine Informationen mehr hatte. Ihre Mutter wollte 1939 zur Ausreise ein Schiff nehmen, konnte England wegen des Kriegsausbruches aber nicht mehr erreichen. Sie kümmerte sich noch um die Expedierung des „Liftes“. Der Lift war im Hafen von Rotterdam von den Nazis beschlagnahmt worden und der Inhalt mit zur Einrichtung eines deutschen Offizierskasinos genutzt wurde⁵⁵. Eine Entschädigung für den Verlust des Eigentums hat es nach dem Krieg nicht gegeben. Nach dem Kriege erfuhr die Familie Mariam von dem Schicksal der Mutter. Diese wurde von Berlin aus deportiert und kam im KZ Kowno (Kaunas, Litauen) um.⁵⁶

Ihr Vater kam 1947 in die USA und konnte weiter in der Chemischen Industrie (Allied Chemical Co. in Buffalo) tätig sein und war als Konsultant gefragt. Bemerkenswert ist noch, dass die Amerikanische Armee 1945 bei ihrem Einmarsch in der Farbenfabrik Wolfen Dokumente von ihm fand. Diese übersetzte er, so dass sie in den USA bekannt wurden. Dr. Theodor Mariam wurde 92 Jahre alt und verstarb 1977 in Buffalo⁵⁷.

Dr. Oskar Falek

Von diesem Chemiker der Farbenfabrik wissen wir nur aus den Akten von Dr. Mariam, da Falek in einem Schreiben an die Pensionskasse als im Ausland lebend mit genannt war.

Dr. Falek wurde am 24. Oktober 1889 geboren. Er war am 1. März 1921 in das Analytische Labor der Zwipro-Abteilung eingetreten; Er wohnte in Wiederitzsch bei Leipzig. Zu seinem Wirken in der Farbenfabrik liegen gar keine Kenntnisse vor. Lediglich die Liste der deutschen und US-Patente weist auf erfolgreiche wissenschaftliche Arbeit hin⁵⁸. Er wurde, wie Dr. Mariam, am 17. Mai 1938 beurlaubt und 31. Dezember 1938 pensioniert.

Die Entlassungskonditionen waren hier wie folgt: Auf der Basis seines Einkommens des Jahres 1938 mit RM 15.960,-- wurden ihm Pensionszahlungen für das Jahr 1939 zugesichert, welche mit einer Differenzzahlung des Unternehmens bis zur Höhe der früheren vertraglichen Bezüge aufgestockt wurden, d.h. er sollte 1939 RM 14.664,-- erhalten. Ab 1. Januar 1940 stand ihm die lediglich die Pension aus der Pensionskasse zu.

Teil eines Kurzvortrages, gehalten auf der Tagung der Fachgruppe Geschichte der Chemie in der Gesellschaft Deutscher Chemiker in Bad Langensalza am 24. 5. 2007 unter dem Titel: „Ein Beitrag zu Schicksalen jüdischer Chemiker in den I.G.- Werken Bitterfeld und Farbenfabrik Wolfen nach 1933: Biographische Fragmente“. Da nunmehr noch weitere Akten zu Bitterfelder jüdischen Chemikern gefunden wurden, erfolgt die Darstellung hier in diesem Artikel nur zur Farbenfabrik Wolfen. Über die Bitterfelder Chemiker wird als Fortsetzung eine gesonderte Arbeit vorbereitet.

- 1 Manfred Gill, Peter Löhnert, „Jüdische Chemiker aus Dessau in der Filmfabrik Wolfen“, Schriftenreihe der Moses-Mendelssohn-Gesellschaft e.V. Dessau, Heft 5 (1996); Dies., „Ein Beitrag zu Schicksalen jüdischer Chemiker in der Filmfabrik Wolfen nach 1933“, FG Geschichte der Chemie der GDCh Mitteilungen Nr. 14 (1998), S.110; Dies., „The relationship of I.G. Farben’s Agfa Filmfabrik Wolfen to its Jewish scientists and to scientists married to Jews, 1933-1939“, *The German Chemical Industry in the Twentieth Century*, edited by John E. Lesch, (Kluwer Academic Publishers, Dordrecht 2000), p. 123-145.
- 2 Fritz Haber, „Franz Oppenheim zum Gedächtnis am Jahrestag seines Todes (Zugleich ein Beitrag zur Geschichte der Actien-Gesellschaft für Anilin-Fabrikation)“, *Z. für Angew. Chemie* 43 (1930), 141-145; Richard Willstätter, „Franz Oppenheim zum Gedächtnis“, *Ber. Deutsch. Chem. Ges.* 1931 A, 133-149.
- 3 Herbert Teichmann, „Die Mendelssohns und die Naturwissenschaften“, *spektrum* 17 (1986) H. 2, S.30. Zur Familiengeschichte des weit verzweigten Mendelssohn-Clans sind zahlreiche Veröffentlichungen erschienen. Eine neuere Publikation ist: Thomas Lackmann, „Das Glück der Mendelssohns – Geschichte einer deutschen Familie“, Aufbau-Verlag (Berlin 2005). Darin ist auch ein Auszug aus dem Stammbaum zu finden.
- 4 Personaldaten Dr. Gajewski und zu weiteren in diesem Artikel genannten Vorstandsmitgliedern in J.U. Heine, „Verstand und Schicksal. Die Männer der I.G. Farbenindustrie AG in 161 Kurzbiographien“, VCH Verlagsgesellschaft (Weinheim 1990).
- 5 Im Detail ist das in den erwähnten Literaturstellen (Anm. 1) dargestellt.
- 6 Friedhelm Borggräfe, „Juden in der BASF“, Veröffentlichungen des Stadtarchivs Ludwigshafen a. Rhein 27 (2000).
- 7 Fritz Wentzel, „Memoirs of a Photochemist“, *American Museum of Photography*, Philadelphia 2, Pa. 1960. Wentzel beschreibt seine 20-jährige Tätigkeit in der Agfa-Ansco Corporation und würdigt die Tätigkeit von Schwarz (S. 106): „Schwarz war im Dezember 1941 zurückgetreten, wahrscheinlich wegen des internen Druckes. Das wurde von allen Mitarbeitern sehr bedauert, da er eine außerordentliche Persönlichkeit war. Er war nicht nur ein sehr tüchtiger Chef, sondern zeigte auch ein aufrichtiges persönliches Interesse für jene unter ihm ...“.
- 8 Martin Münzel, „Die jüdischen Mitglieder der deutschen Wirtschaftselite 1927-1955“, Ferdinand Schöningh (Paderborn 2006), S. 380.
- 9 St.H. Lindner, „Die IG Farben und ihre jüdischen und jüdisch geltenden Mitarbeiter in leitenden Positionen während des Dritten Reiches – Das Beispiel des IG Werkes Hoechst“, *Jüdische Unternehmer und Führungskräfte in Südwestdeutschland 1800-1950*, hrsg. vom Haus der Geschichte Baden-Württemberg (Stuttgart 2004), S. 193ff; Ders., „Hoechst – Ein

- I.G. Farben Werk im Dritten Reich“, Verlag C.H. Beck (München 2005).
- 10 HistoCom GmbH, Industriepark Höchst, Frankfurt a. M.. Zentral Archiv, Tea Nr. 832. (Tea = Technische Kommission). Herrn Dr. Metternich von HistoCom danke ich für die Kopie der Akte.
 - 11 LHASA, MER, IG Farben Wolfen Nr. 396-402, 408. In Nr. 402 Aufstellung (12 Seiten) vom 9.12.1938 über die Akten von Dr. May und deren Verbleib; sowohl Vernichtungen als auch Abgabe an andere Struktureinheiten.
 - 12 Als ein Beispiel sei hier das Buch von Friedländer genannt: Saul Friedländer, Das Dritte Reich und die Juden – Die Jahre der Verfolgung 1933-1939 (München: Deutscher Taschenbuch Verlag, 2007).
 - 13 Karteikarte aus dem Leipziger Meldeamt, Sächsisches Staatsarchiv Leipzig.
 - 14 Schreiben des Historischen Instituts (Hochschularchiv) der RWTH Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule Aachen vom 13. 12. 2006 an den Verfasser.
 - 15 Alle folgenden Angaben zum beruflichen Werdegang von Dr. May und seiner Ausgrenzung als jüdischer Bürger sind der bereits erwähnten Tea-Akte „Dr. May“ aus dem Werksarchiv Hoechst (bei HistoCom in Höchst) Zentralarchiv-Nr. 832 entnommen. Andere Quellen sind extra aufgeführt.
 - 16 Peter Löhnert, „Das frühere Vorstandsmitglied der I.G. Farben wurde von den Nazis verfolgt – Zum 60. Todestag von Dr. Arnold Erlenbach“, CPforum – Das Journal für den Chemiestandort Bitterfeld-Wolfen 6 (1998), 20.
 - 17 Werkszeitung „Der Feierabend“ 1930, Heft 1/3, S. 18, im Archiv der Industrie- und Filmmuseums Wolfen (ifm).
 - 18 Das war aber kein ungewöhnlicher Vorgang, denn die I.G. verringerte Ende der Zwanziger/Anfang der Dreißiger Jahre gezielt die Anzahl der Vorstandsmitglieder.
 - 19 Zentral-Ausschuss-Büro der I.G., Frankfurt a. M., September 1931: Zusammenstellung der Kommissionen der I.G.
 - 20 LHASA, MER: IG Farben Wolfen, Nr. 781, Rubrik Nr. 118.
 - 21 LHASA, MER; IG Farben Wolfen, Nr. 400.
 - 22 Unternehmensarchiv (UA) Filmfabrik Wolfen im ifm, im folgenden genannt: ifm UA. Hier: ifm UA A 5659, S. 152 ff, Aktennotiz von Professor Curschmann.
 - 23 Dr. Saenger wurde nicht entlassen. Er verblieb in der Farbenfabrik in der Zwiproabteilung. Im Jahre 1936 wird er auch als Kreisbetriebszellenobmann und Kreiswalter der D.A.F. Bitterfeld benannt (ifm UA A 1640). In einer „Denkschrift über die Vorgänge in der Ortspolizei Wolfen“ vom 30. 4. 1945 wird berichtet, dass Major Saenger während der Kämpfe um Wolfen im April 1945 zu Tode kam (ifm UA A 5124).
 - 24 ifm, UA A 5659, S. 178.
 - 25 Ein Hinweis auf die Mitarbeit von Dr. May in diesem Kontrollgremium für Leunabenzin ergibt sich aus dem Vorhandensein zahlreicher Benzinkalkulationen für das Jahr 1931 aus dem Ammoniakwerk Merseburg GmbH (Leuna-Werk) im Bestand der Akten der I.G.

- Farbenfabrik Wolfen im LHASA, MER..
- 26 Ifm UA A 5669, S. 174.
- 27 Diglykol kam zum Einsatz bei der Pulverherstellung u. a. für Haubitzen-Treibladungen, während Diglykolnitrat bei der Pulverherstellung in Sprengladungen für Hochbrisanz-Granaten zum Einsatz kam. Dokument NI-10580 im Nürnberger I.G. Farbenprozess, veröffentlicht in H. Radandt, „Fall 6 – Ausgewählte Dokumente und Urteil“, S. 112, Deutscher Verlag der Wissenschaften (Berlin 1970).
- 28 Hermann Waibel, Vorstandsmitglied, Leiter der Exportabteilung Fernost und zuständig für Verkehrsfragen.
- 29 Alle Informationen zu dieser Reise aus LHASA, MER, IG Farbenfabrik Wolfen, Nr. 401.
- 30 LHASA, MER, I.G. Farbenfabrik Wolfen, Nr. 401 Eine Rückfrage des Verfassers in der Geschäftsstelle der Gesellschaft Deutscher Chemiker in Frankfurt a. M. ergab, dass May von 1915 bis noch im Jahre 1935 als Mitglied des VDCh geführt wurde. Der Austritt von Dr. May steht im Zusammenhang mit der Gleichschaltung des VDCh durch die Nationalsozialisten. Seit 1933 galt im Verein das Führerprinzip und ab 1934 enthielt die Satzung politisch-ideologische Ziele, welche die Mitgliedschaft von Juden ausschloss (s. Arno Simon, „140 Jahre chemische Gesellschaften in Deutschland“, in: Nachr. Chem. 55 (2007) Heft 11, S. 1099; Helmut Maier, „Die chemischen Gesellschaften im Dritten Reich“, in: Nachr. Chem. 57 (2009) Heft 3, S. 349).
- 31 Ernst Klee, „Das Personenlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945“, Weltbild (Augsburg 2005), S. 304.
- 32 Kranefuß bearbeitete im Stabe Himmler die Angelegenheiten der Industrie. Klee, Personenlexikon, S. 335.
- 33 Radandt, Fall 6, S. 284.
- 34 Es ist zu vermuten, dass Pistor mit Dr. S. = Dr. Saenger hinterfragte.
- 35 Dr. Bernhard Buhl, Vorstandsmitglied der I.G., zuständig u. a. für juristische Fragen.
- 36 Rundschreiben von Dr. Pistor vom 18. 2. 1936. LHASA, MER, IG Farben Wolfen, Nr.1611, Rubrik Nr.27, Dr. Schöner.
- 37 Das entsprach wahrscheinlich der Wahrheit. Pistor hatte nämlich auch Vorstandskollegen angeschrieben und um Vorschläge für Aufgaben für Dr. May gebeten.
- 38 Dr. Pistor war zum Ende des Jahres pensioniert worden und 1938 in den Aufsichtsrat der I.G. gewechselt. Dr. Bürgin trat die Nachfolge für Dr. Pistor an und wurde 1938 Vorstandsmitglied.
- 39 Manfred Unger (Archivmitteilungen 5/1988, S. 15) zitiert aus dem Bericht des Internationalen Buchenwaldkomitees - Weimar 1945 – (3. Aufl. 1988), dass 270 Häftlinge aus Leipzig unter den 10500 eingelieferten Juden gewesen sind.
- 40 Z.B. Verordnung über die Anmeldung des Vermögens von Juden (26. 4. 38); Einführung einer Kennkarte für Juden ab 1.1.1939 (23. 7.1938); Einführung Jüdischer Vornamen (Sarah bzw. Israel) ab 1.1.1939 (17. 8.1938); Reisepässe der Juden werden mit „J“ gekennzeichnet

- (5.10.1938); Sühneleistung der Juden in Höhe von eine Milliarde Mark (12.11.1938).
- 41 Am 6. 6. 1939 erfolgten Zahlungen für die Monate April und Mai. Die Juni-Karenzzahlung war für Ende des Monats Juni veranlasst.
 - 42 Dr. Goldacker war mit einer Jüdin verheiratet und kehrte mit dieser von einer Auslandsurlaubsreise nicht nach Deutschland zurück. Vgl. Manfred Gill, Peter Löhnert, „Ein Beitrag zu Schicksalen jüdischer Chemiker in der Filmfabrik Wolfen nach 1933“, FG Geschichte der Chemie der GDCh Mitteilungen Nr. 14 (1998), S.110.
 - 43 Bekanntmachung des Bürgermeisters der Gemeinde Wolfen vom 9. 6. 1945 über die Neubezeichnung von Straßen und Plätzen, Archiv des ifm, Materialsammlung Wolfener Straßennamen, UA, BA 593.
 - 44 Presseveröffentlichung in der Lokalzeitung „Freiheit“ am 24.11.1961, Archiv des ifm, Zeitungssammlung.
 - 45 Persönliche Angaben über Dr. Mariam sind entnommen aus LHASA, MER. IG Farbenfabrik Wolfen, Nr.1680 und 1681 (Personalakten) und Nr. 1611 (Personalabteilung/Schriftverkehr, Rubrik Nr. 39, Dr. Mariam).
 - 46 Internet-Patentrecherche im Deutschen Patent- und Markenamt München (dpma, DEPATISnet). DRP 416277 und 427999 „Verfahren zur Herstellung gerbender Stoffe“.
 - 47 Günter Wagner, „Die Jüdische Gemeinde in Delitzsch-Bitterfeld-Eilenburg 1861-1945,“ Veröffentlichungen zur Delitzscher Geschichte Heft 15 (1998), hrsg. v. Landratsamt und Stadtverwaltung Delitzsch.
 - 48 Ausführungen zu dieser Sitzung wurden von uns bereits publiziert in: P. Löhnert, M. Gill: „Ein Beitrag zu Schicksalen jüdischer Chemiker in der Filmfabrik Wolfen nach 1933“, FG Geschichte der Chemie der GDCh, Mitteilungen Nr. 14 (1998), S.110.
 - 49 Bernd G. Ulbrich, „Antisemitismus in Dessau – Eine Spurensuche in den Jahren 1924 bis 1939“, edition RK (Dessau 2004).
 - 50 Das Haus in der Albrechtstraße 13 wurde im März 1945 zerbombt. Die Ruine wurde beraumt.
 - 51 Eva-Maria Herz-Michl, Dagmar Mäbert, „Verfolgt...Vertrieben...Erinnerungen ehemaliger jüdischer Bürger aus Dessau“, Hrsg.: Moses-Mendelssohn-Gesellschaft (MMG) Dessau e.V., Heft 6 (1998), S. 71. Dieses Heft enthält 30 Erinnerungsberichte von ehemaligen jüdischen Bürgern aus Dessau bzw. deren Nachkommen, die heute in Australien, England, Frankreich, Israel, USA oder Deutschland leben. Die Berichte enthalten in unterschiedlichem Umfang sehr eindringliche Beschreibungen des Lebens als Jude in Dessau. Durch die Unterschiedlichkeit der Lebensumstände und Erlebnisse wird in den Berichten ein sehr detailliertes Bild der Verhältnisse in Dessau in den dreißiger Jahren des vorigen Jahrhunderts vermittelt.
 - 52 Briefe von Rudolph Mariam und Hortense Lewin, geb. Mariam im Archiv der MMG, Ordner: Vorbereitung Heft 6 der Broschürenreihe, Rubrik Mariam.
 - 53 Frau Hortense Lewin (geb. 1918), jetzt wohnhaft in New York, hat mit Schreiben vom 7. Februar 2008 an den Verfasser die Genehmigung erteilt, ihre persönlichen Erinnerungen für

diese Veröffentlichung mit zu verwenden. Kopie dieses Briefes im Archiv der MMG, Ordner Schriftverkehr 2008.

- 54 Frau Dorothea Lewkowitz, geb. Singer, Witwe, Moltkestr. 10 (Aus: „Der Mitteldeutsche“ vom 9.11.1938, Namensliste der in Dessau noch 204 lebenden Juden).
- 55 Zu Beginn des Krieges am 1. September 1939 waren Tausende von Containern (Liftvans) mit Auswanderergut jüdischer Bürger in den Häfen Antwerpen, Rotterdam, Marseille usw. und auch im Freihafen Hamburg verblieben. Die Nazis betrachteten nach dem Einmarsch in die jeweiligen Länder solche Fracht als deutsches Staatseigentum und verwerteten dieses Raubgut. Es kam z.T. sofort auf den deutschen Markt und wurde verkauft bzw. als „Katastrophenreserve“ eingelagert. Die Katastrophen traten mit den Bombenangriffen auf deutsche Städte ja auch ein. Der Historiker Götz Aly hat diese Vorgänge in seinem Buch: „Hitlers Volksstaat – Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus“, S. Fischer Verlag (Frankfurt/M. 2005), S. 139ff. ausführlich dargestellt.
- 56 An Frau Mariam wird auch ehrend gedacht im „Gedenkbuch Opfer der Verfolgung der Juden unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Deutschland 1933-1945,“ Bundesarchiv Koblenz 1986, S. 976.
- 57 Frau Lewin teilte mir mit, dass die I.G. Farbenindustrie AG. i. L: nach dem Kriege an Dr. Mariam bis zu seinem Tode Pensionszahlungen geleistet hat.
- 58 Internet-Patentrecherche im Deutschen Patent- und Markenamt (dpma, DEPATISnet). 12 Patente mit unterschiedlichen Miterfindern auf verschiedenen Spezialgebieten der Chemie.